

Annoucen-
Annahme-Bureau.

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Alrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Daube & Co.,
Haasenhein & Vogler,
Kudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 703.

Mittwoch, 8. Oktober.

1879.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile ober deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

§§ Die Generalsynode.

In diesen Tagen, wenige Monate nach dem Rücktritt des Kultusministers Falk, der die so lange Zeit vergeblich geforderte Verfassung für die evangelische Kirche der alten Provinzen Preußens geschaffen, versammelt sich auf Grund derselben die erste ordentliche Generalsynode. Ihre Zusammensetzung und die Erwartungen, genauer gesagt die Befürchtungen, mit denen man den Verhandlungen entgegensteht, unterscheiden sich von der konstituierenden Generalsynode und deren Arbeiten ungefähr so, wie die heutige politische Lage von der damaligen. Und der Zusammenhang der Neulichkeit ist bekanntlich keineswegs nur äußerlich; die Attentate gaben den Anlaß zu jener Reichstagsauflösung, mit welcher die schon lange vorher bemerkbare politisch reaktionäre Strömung die Oberhand erhielt; die Attentate lieferten auf dem kirchlichen Gebiete den Vorwand für die, mit nur allzu gutem Erfolge verfolgte Behauptung, daß einer drohenden Verwilderung des Volksgeistes allein zu wehren sei durch die erneute Herrschaft jener kirchlichen Partei, der nach einem drastischen Worte des strenggläubigen englischen Geistlichen Th. Arnold „nur als wahrer Christ gilt, wer geringen Verstand, schlechte Erziehung und keine Bekanntschaft mit der Welt hat.“ Auch in der konstituierenden Generalsynode hatte die entschieden freisinnige Linke keineswegs eine bedeutende Machtstellung besessen; aber im Bunde mit der „Mittelpartei“ war sie doch im Stande gewesen, jene „Schlußbestimmungen“ durchzusetzen, welche in den Synoden den Gemeindegliedern im Vergleich mit den Geistlichen eine Majorität ermöglichen. Zu diesem, von der herrschsüchtigen Pastorenpartei bekanntlich auf das heftigste bekämpften Ergebnis hatten nicht unbedeutend die von der Kirchenregierung ernannten Mitglieder beigetragen, welche im Wesentlichen im Sinne der Mittelpartei ausgewählt waren. Der seitdem eingetretene Umschwung zeichnet am klarsten die Thatsache, daß diesmal die Berufung seitens der Kirchenregierung fast ausschließlich Gefinnungsgenossen der aus den Wahlen hervorgegangenen, jenen Schlußbestimmungen feindlichen Majorität getroffen hat. Während der langen Jahre, in denen vergeblich die Erfüllung des Versprechens verlangt wurde, daß in Preußen die evangelische Kirche eine selbständige, sie aus der Vormundschaft des Staates und aus der unhaltbaren Verbindung mit diesem befreiende Verfassung erhalten sollte, hatte man sich von einer solchen die Abstellung mannigfacher Beschwerden, ja das Erläutern neuen Lebens versprochen; in dem Augenblicke aber, in welchem auf Grund der erlangten Kirchenverfassung die erste Generalsynode zusammentritt scheint es nur allzu leicht möglich, daß sich die zur Zeit des Rücktritts Falk's an sehr hoher Stelle geäußerte Befürchtung verwirklichen könnte: die heutige evangelische Landeskirche Preußens werde nach einigen Jahren nicht mehr bestehen, „denn die Majorität der Synode arbeitet unmerkbar auf Hinausdrängung aller freisinnigen Elemente aus der Kirche, auf eine eklatante Spaltung hin.“

Von Seiten derer, welche im Abgeordnetenhaus gegen die Synodalordnung gestimmt haben, wird die Behauptung nicht ausbleiben, die Zusammensetzung der Generalsynode beweise, wie begründet die damalige Opposition gewesen. Wir haben keinerlei Grund, für den Wahlmodus einzutreten, nach welchem die Generalsynode gebildet ist; im Gegentheil, er erscheint auch uns, namentlich von einem, gleich zu bezeichnenden Gesichtspunkte aus verfehlt und unhaltbar. Aber das Eine ist trotzdem zu bestreiten, daß an der orthodoxen Majorität der Generalsynode der Wahlmodus allein oder selbst nur hauptsächlich schuldig sei. Derselbe ist bekanntlich ein mehrfach indirekter: die Mitglieder der kirchlichen Vertretung immer eines größeren Bezirks werden von und aus den Mitgliedern der Vertretungen kleinerer Bezirke gewählt; die Kreisynoden gehen so aus den Gemeindevertretungen, die Provinzialsynoden aus den Kreisynoden, die Generalsynode aus denen der Provinzen hervor, wenigstens zum größten Theil. Für die mittleren Stufen der kirchlichen Repräsentation läßt sich das ebenso gut rechtfertigen, wie auf dem staatlichen Gebiete die Wahl der Provinzial-Landtage aus den Kreistagen und durch diese: alle diese Körperschaften haben hauptsächlich an der Verwaltung — der kirchlichen, resp. der staatlichen — mitzuwirken, und da ist es ganz angemessen, für eine höhere Stufe solcher Mitwirkung die geeigneten Personen von denen beizugehen, welche einander auf der nächstniederen Stufe staatlicher oder kirchlicher Selbstverwaltung bei dieser kennen gelernt haben; außerdem würde, wenn alle diese Körperschaften durch Urwahlen gebildet werden sollten, des Wählens in der That kein Ende sein. Bedenklich ist jener mehrfach indirekte Wahlmodus darum, weil er die Gefahr einer organisierten Vergewaltigung der Minderheiten in sich birgt. Machen die Parteien es sich nicht zum Gesetze, einander stets bei den Wahlen zu dem höheren Vertretungskörper loyal nach Maßgabe des gegenseitigen Stärkeverhältnisses zu berücksichtigen, so kann es geschehen, daß eine Partei, welche in sämtlichen Gemeinde-Vertretungen zusammen, die Hälfte der Stimmen weniger eine besaß, sich in

der Generalsynode doch nicht mit einer einzigen Stimme vertreten findet. Und wenn nicht ganz, so doch fast so schlimm hat die Sache sich für die kirchlich liberale Richtung gestaltet; die Kreis- und Provinzialsynoden haben die Macht der Majorität fast durchweg rücksichtslos angewendet, so daß in der Generalsynode weder die kirchliche Linke, noch die Mittelpartei entfernt so stark vertreten ist, wie sie es nach ihrer Stimmenzahl in den Gemeinde-Vertretungen verlangen könnten. Für die Generalsynode, die in erster Reihe zur kirchlichen Gesetzgebung berufen ist, hat jener Wahlmodus schon an sich keine Berechtigung; er ist vollends als unerträglich jetzt erwiesen durch den Gebrauch, welchen die Orthodoxie davon gemacht hat: dieselbe hat die Minderheiten vergewaltigt; aber das muß freilich eingestanden werden: die Liberalen sind vermöge überaus geringer Beteiligung der freisinnigen Wähler und wegen des fast gänzlichen Mangels einer Wahl-Organisation auch bereits bei den kirchlichen Urwahlen Minderheit gewesen — andernfalls konnten sie nicht vergewaltigt werden; gegen die Gleichgiltigkeit der Wähler aber hilft kein Wahlsystem der Welt.

Die fast vollständige Ausmerzung der freisinnigen Elemente in den verschiedenen Stadien der indirekten Erwählung der Generalsynode macht die letzteren moralisch inkompetent für die Beschlüsse, zu denen die Majorität sich anschickt; das ändert an der legalen Bedeutung dessen, was beschlossen werden wird, freilich nichts, aber es kommt für die Beurteilung derselben durch die Organe des Staates in Betracht. Soweit Abänderungen der f. Z. vom Landtage genehmigten Bestimmungen der Kirchenverfassung projektirt sind, würden dieselben der Zustimmung des Abgeordnetenhauses bedürfen; auch alle anderen Kirchengesetze aber unterliegen einer Prüfung des Staatsministeriums; in der Verkündigungsformel solcher Gesetze heißt es ausdrücklich, sie ergingen „unter Zustimmung der Generalsynode und nachdem durch Erklärung Unseres Staatsministeriums festgestellt worden, daß gegen dieses Gesetz von Staatswegen nichts zu erinnern ist.“ Wir verhehlen uns nicht, wie gebrechlich diese Schutzwehr gegen kirchliche Partei-Übergriffe gegenwärtig ist; aber auch auf die Gefahr hin, daß es vergeblich geschieht, muß nachdrücklich die Forderung erhoben werden, daß die Staatsregierung die Minorität, welche in der General-Synode nicht einmal gebührend zu Worte kommen wird, schütze; der Schutz der Minderheit ist einer der Gesichtspunkte, von denen aus gegen Kirchengesetze, das Staatsministerium erforderlichenfalls etwas „erinnern“, die Publikation durch seinen Einspruch verhindern soll. Mit voller Offenheit haben die Organe der Majorität bereits angeknüpft, was die letztere — und zwar mit möglichst wenig Diskussion, wie eines der Blätter erklärte — beschließen will: die „Schlußbestimmungen“ sollen beseitigt werden, damit man die momentane Herrschaft der Partei in der evangelischen Kirche zu einer dauernden machen könne; für die Zulassung zur Mitgliedschaft in Gemeindeorganen und Synoden sollen „Qualifikations“-Bedingungen gestellt werden, welche ein Normalmaß äußerlicher Kirchlichkeit zur Bedingung solcher Zulassung machen; der im Ganzen — trotz einzelner anstößiger Vorschläge — gemäßigte Entwurf des Oberkirchenrathes über die „Kirchenzucht“ soll so weit verschärft werden, wie es sich irgend mit den Bestimmungen der Maigesetze gegen Exkommunikationen vereinigen läßt; vor Allem soll nicht bloß der Zulassung freisinniger Geistlichen in bisher von ihnen noch nicht erlangte Pfarrstellen ein sicherer Niegel vorgeschoben werden, sondern es soll durch irgend eine Art von Glaubensprüfung auch den bereits im Amte befindlichen liberalen Predigern das Verbleiben in demselben unmöglich gemacht werden. Scheitern derartige extreme Anschläge nicht am Widerspruch des, seiner Mehrheit nach noch immer vermittelnden Oberkirchenrathes, oder begegnen sie, falls sie dieses Hinderniß überwunden hätten, nicht dem Einspruch des Staatsministeriums — der nach dem Programme der Heißsporne übrigens auch abgelehrt werden soll —, so scheint die Sprengung der preussischen evangelischen Landeskirche unvermeidlich. Der Staat würde dann die Aufgabe erhalten, durch ein Gesetz nach der Analogie des Altthatsoliken-Gesetzes die Vermögens-Auseinandersetzung der unhaltbar gewordenen Gemeinschaft zu ermöglichen. Im Vatikan zu Rom aber würde man frohlocken — und nicht mit Unrecht.

Generalsynode.

Aus den Motiven zu dem Entwurfe betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten.

Der Oberkirchenrath hat den Entwurf des Gesetzes über die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Konfirmation und Trauung nach folgenden Grundsätzen festgestellt:

1) Die Veränderungen in dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat geben der Kirche größere Freiheit und dringenden Anlaß, die Kirchenzucht nach rein kirchlichen Grundsätzen neu anzuregen und fest zu gestalten. Sie hat sich dabei innerhalb der durch die Staatsgesetze vorgezeichneten Grenzen zu halten und außerdem zu berücksichtigen, daß nur die Verletzung religiöser Pflichten für die Kirche Anlaß zu disziplinarischen Maßnahmen sein kann. 2) Das Ziel ist bei der Seelsorge überwiegend die Besserung, bei der Disziplin überwiegend der Schutz der

kirchlichen Sitte und Ehre. Die disziplinarischen Maßnahmen, welche in der Entziehung kirchlicher Rechte bestehen, sind erst in Anwendung zu bringen, nachdem nicht allein der seelsorgerische Zuspruch des Geistlichen, sondern auch die Mahnung und Warnung des Gemeinde-Kirchenrathes sich als unwirksam erwiesen hat und die Strafe vorher angekündigt ist. Eine für eintretende Fälle allgemein beschlossene Entziehung kirchlicher Rechte hat keine unmittelbare Wirkung auf einzelne Personen; es ist die Beschlußfassung der zuständigen Organe für den einzelnen Fall erforderlich. 3) Die landeskirchliche Gesetzgebung hat sich für jetzt auf die Folgen der Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Konfirmation und Trauung zu beschränken. Dabei ist der höhere Werth der Taufe als des die Mitgliedschaft in der christlichen Kirche bedingenden Sakraments vor der Konfirmation und Trauung als durch die kirchliche Ordnung vorgeschriebene Handlungen zu berücksichtigen. 4) Die in Anwendung zubringenden Zuchtmittel sind Entziehung des passiven und aktiven Wahlrechtes, der Fähigkeit, ein Kirchenamt zu bekleiden und des Pathechtes. Der Ausschluß vom heiligen Abendmahl ist nicht als Strafmittel zu behandeln, sondern die Zurückweisung von dem Gnadenmittel hat da zu erfolgen, wo die Unfähigkeit zum geeigneten Empfang desselben konstatiert ist und die Zulassung der Gemeinde zum Aergerniß gereichen müßte. 5) Eine Aenderung des verfassungsmäßigen Instanzenweges, welcher dem Gemeinde-Kirchenrath die erste Entscheidung, der Kreisynode resp. ihrem Vorstande die Entscheidung nach eingeleiteter Berufung zuweist, ist nicht angezeigt. 6) Die Wiederbeleugung entzogener kirchlicher Rechte erfolgt auf demselben Wege, auf dem die Entziehung stattgefunden hat. 7) In Fällen, in welchen eine Entscheidung der zuständigen Organe dem Betroffenen im Widerspruch mit ausdrücklichen Vorschriften des Gesetzes zu stehen scheint, ist die Beschwerde über eine gezeigte Entscheidung an das Konsistorium zu richten, welches nach § 47 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung das Erforderliche zu veranlassen hat. 8) Den Bestimmungen über die Anwendung der Zuchtmittel ist eine Fassung zu geben, welche den an der Verletzung der kirchlichen Pflicht nicht schuldigen Teil von der Strafe freihält. 9) Auch die rechtlichen Folgen, welche die Verabfäumung der kirchlichen Handlungen für die an derselben nicht Schuldigen hat, sind durch das Gesetz festzustellen.

Das mitteleuropäische Zollgebiet.

Gleich beim Auftauchen der zoll- und handelspolitischen Reformpläne des Reichsanzlers wurde der Gedanke geäußert und namentlich auch in der „Post“ vertreten, Fürst Bismarck suche auf dem Umwege der Kündigung aller Handelsverträge und der handelspolitischen Abschließung Deutschlands die Herstellung eines autonomen, namentlich von England unabhängigen mitteleuropäischen Zollgebiets anzubahnen. Dasselbe würde — so deutete man damals an, — wenn es zur Vollendung gebrähe, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich (?), die Schweiz, Belgien und Holland umfassen. Jetzt hat der Besuch des Fürsten Bismarck in Wien den Gedanken wieder in den Vordergrund gebracht. Dem entsprechend schreibt die „Post“ unter dem Titel: „Handelsverträge und autonome Zollpolitik“, u. A. Folgendes:

Die Wendung unserer Handelspolitik, welche mit dem Schreiben des Reichsanzlers vom 15. Dezember v. J. eingeleitet wurde, bezweckte zollpolitische Defensivmaßnahmen gegen solche Staaten, welche jede Gesinnung auf dem Boden der internationalen Wirtschaftspolitik mit uns ablehnen. Dies war und ist ein Gegenjaß zum reinen Freihandel, dessen Lehre dahin geht, daß der Staat ohne Zollschranken im Vortheil bleibe, während die Gegner mit Zollschranken sich nur ins eigene Fleisch schneiden. Ganz und gar nicht war im Sinne des Reichsanzlers noch im Sinne eines großen Theils derer, welche den Weg der neuen Handelspolitik guthießen, die Anstrengung eines größeren, über Deutschland hinaus reichenden Wirtschaftsgebietes ausgeschlossen, dessen Teilnehmer sich volle Gegenseitigkeit gewähren. Das war uns in diesem Sinne der neuen Handelspolitik angegeschlossen, haben wir so deutlich gesagt, wie man es sagen kann. In unserer Nummer vom 31. Januar d. J. besprachen wir den Vorschlag, den ein französischer Freihändler im „Journal des Debats“ entworfen hatte, auf Errichtung eines mitteleuropäischen Zollvereins. Wir konnten dem Gedanken ebensowenig unsere Sympathie versagen, als der baldigen Ausführbarkeit unsere Zweifel. In unserer Nummer vom 14. Februar d. J. besprachen wir die Thronrede, mit welcher am 12. Februar der Reichstag eröffnet wurde. Wir sagten u. A.:

Ein großer geschlossener, innerhalb seiner Grenzen ganz freier Markt wäre für die Theilnehmer die größte Bürgschaft des Friedens und des Gedeihens; ein solcher Markt läßt sich aber nicht durch Zaubergewalt schaffen. Deutschland kann vielleicht das Zentrum eines solchen Marktes werden, wenn es durch angemessenen Beschluß des eigenen Marktes die Nachbarn lehrt, daß es sie allenfalls entbehren und den Ausgang ihrer Produkte, ohne sich selbst zu schädigen, hemmen kann.“ Am Schluß des nämlichen Artikels sagten wir: „Dies sind die drei großen Ziele der Handelspolitik des Fürsten Bismarck, wenn wir sie recht verstehen: Befreiung der deutschen Industrie von der Nothwendigkeit, für unsicheren Absatz zu produziren; Erhaltung der dem selbständigen Bestand eines Volkes unentbehrlichen Urproduktion; Anbahnung eines auf wirklicher innerer Handelsfreiheit beruhenden mitteleuropäischen Marktes.“

[Zum Ausfalle der Wahlen.] Eine sichere Schätzung über den Ausfall der Wahlen ist auch heute noch nicht möglich — ein Beweis, wie mangelhaft in den meisten ländlichen Wahlbezirken Preußens die Parteiorganisation ist und wie groß die Schwierigkeiten sind, welche das indirekte Wahlsystem einer schnellen und zuverlässigen Ermittlung der Wahlergebnisse entgegenstellt. Die nationalliberale Partei hatte vor drei Jahren einen Bestands erreicht, wie er kaum noch größer sein konnte. Derselbe war unter den obwaltenden Verhältnissen selbstverständlich nicht zu behaupten. Die Schätzungen darüber, wie groß die Einbuße der liberalen Parteien sein werde, schwanken zwischen 40 und 75. Die „Magdeb. Ztg.“ möchte die

zweite Zahl für die annähernd zutreffende halten. In Folge der Vorfälle der Liberalen sind eine ganze Reihe auch solcher Wahlkreise ernstlich gefährdet, welche den Liberalen, wenn sie nur ein wenig rüchrig gewesen wären, gar nicht verloren gehen konnten. Die „Magdeb. Ztg.“ schätzt, daß die liberale Partei 16 bis 18 Sitze allein in der Provinz Sachsen verlieren wird. — Die „Danziger Ztg.“ versucht schon jetzt eine genauere Skizzirung des Wahlergebnisses. Sie schreibt:

„Das Zentrum hat, da ihm die Regierung in die Hände arbeitete, sich nicht nur alle seine bisherigen Wählkreise gewahrt, sondern noch vier Mandate dazu gewonnen; außer den zwei Sitzen in Köln (1 Fortschritt und 1 Nationalliberal), nämlich die beiden bisher nationalliberalen des Wahlkreises Neuwied-Altentrichen. Deuthen hat es nicht gewonnen, wie mehrfach gemeldet wird. Gewinnt das Zentrum nicht noch im Osten neue Sitze durch Hilfe der Konservativen, so wird es im neuen Abgeordnetenhaus über 13 Mitglieder verfügen, während es bisher nur 89 Mandate inne hatte. Die Nationalliberalen haben nach den bisherigen Nachrichten folgende Mandate an die Konservativen der „Kreuztg.“, „Nord. Allg. Ztg.“ u. s. w. verloren: in der Provinz 3, in Oberbarnim 1, Teltow-Beesow 1, Demmin-Niklam 1, Pritz-Saatzig 2, Bromberg 3, Dels (auf Grund einer Vereinbarung) 1, Bunzlau-Löwenberg 1, Nothenburg 1, Minden 1, Herford-Bielefeld 1, Saarbrücken 1, Biedentopf 1, Stendal-Osterburg 2, Marienwerder 2; danach beträgt der Verlust der Nationalliberalen an die Konservativen bis jetzt 22 Stimmen. Dazu der Verlust von drei Mandaten an das Zentrum ergibt also an diese beiden Gruppen einen Verlust von 25 Stimmen. Die Fortschrittspartei verliert an die Konservativen u. A. Mandate in Berent-Pr. Stargard 1, Teltow-Breesow 1, Nordhausen 2, Herford-Bielefeld 1; zu diesen 5 Verlusten kommt der eines Mandates in Köln an das Zentrum. Ob und wie viele Mandate die Partei in Ostpreußen verlieren wird, läßt sich noch nicht übersehen. Sehr zweifelhaft steht es z. B. mit dem Ausfall der Wahlen in Strassburg, Ronitz, Potsdam, Greifswald, Oboornit (wo vielleicht die Polen siegen werden), Dels. In den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein scheinen die Liberalen keine Verluste zu verzeichnen zu haben. Als sicher gewählt können bis jetzt betrachtet werden 80 bis 90 Nationalliberale und etwa 30 Mitglieder der Fortschrittspartei. Bisher zählten die Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus 168, die Fortschrittspartei 63 Stimmen, zu diesen beiden Gruppen kamen noch 12 „wilde“ Liberale. Die Konservativen zählten in vergangener Session zusammen nur 83 Stimmen. Zweifellos ist, daß die nationalliberale Partei auch diesmal wieder die stärkste Partei des Abgeordnetenhauses sein wird. Mit ziemlicher Sicherheit kann aber angenommen werden, daß Nationalliberale und Fortschrittspartei allein nicht mehr — wie bisher — die Majorität haben werden. Nämlich, wie vor 1877, wird eine Mehrheit nur gebildet werden können 1) aus Nationalliberalen, Fortschritt und Konservativen zusammen und 2) aus Konservativen und Zentrum. In letzterem Falle wird aber die Majorität nicht sehr groß sein.“

Die von den konservativen, zünftlerischen und schwach liberalen Elementen, welche sich unter der Firma „gemäßigte Volkspartei“, in Berlin zusammengelassen haben, gemachten Versuche, einzelne Sitze zu erobern, sind erfolglos gewesen.

Deutschland.

+ **Berlin**, 6. Oktbr. [Zur Verstaatlichung der preussischen Privatbahnen.] Die wichtigste Frage, welche den preussischen Landtag in der demnächst beginnenden Landtagsession beschäftigen wird, betrifft den Ankauf einer Reihe von Privatbahnen durch den Staat. Die Entscheidung über die betreffenden Vorlagen wird von der schwerwiegendsten Bedeutung sein, nicht nur für Preußen allein, sondern für die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im ganzen Reich; die Konsequenzen dieser Entscheidung dürften sich als noch wichtiger und einschneidender für unser gesamtes wirtschaftliches Leben erweisen, als die Konsequenzen der Entscheidung über die Zollfrage im letzten Reichstag. Die preussische Regierung beabsichtigt, dem Landtage eine oder mehrere Vorlagen zu unterbreiten, welche den Ankauf von sechs Privatbahnen zum Gegenstande haben. Es befinden sich darunter die an Umfang, an Bedeutung und an Mitteln reichsten der Monarchie. Es sind nämlich: die Berlin-Stettiner, die Magdeburg-Halberstädter, die Köln-Min-

dener, die Berlin-Potsdamer, die Rheinische und die Berlin-Anhalterbahn. In Bezug auf die ersten beiden Bahnen sind die Verhandlungen schon so weit abgeschlossen, daß die Vorlage ganz sicher ist; in Bezug auf die dritte Bahn ist die Vorlage höchst wahrscheinlich. Die Verhandlungen wegen Ankaufs der drei zuletzt genannten Bahnen schweben noch, man wird aber den Plan schon jetzt als ein Ganzes auffassen müssen. Die sechs Bahnen haben zusammen eine Länge von 5023 Kilometer mit einem Anlagekapital von 1681 Millionen. Durch den Ankauf jener sechs Bahnen wird Preußens Staatsbahnen an Länge fast verdoppelt, das Anlagekapital der zu kaufenden Bahnen ist wegen der Einrichtungen und der zu überwindenden Schwierigkeiten beim Bau größer, als das sämmtlicher jetzigen preussischen Staatsbahnen zusammen. Strategisch und kommerziell gehören die zu erwerbenden Bahnen zu den wichtigsten der Monarchie. Im Besitz dieser sechs Bahnen beherrschen dann die preussischen Eisenbahnen den gesammten Verkehr von Memel bis zur belgischen Grenze, von der Ost- und Nordsee bis an das süddeutsche Eisenbahnnetz. Es giebt dann in Norddeutschland nur noch eine Privatbahn von größerer Bedeutung, die Berlin-Hamburger, und der preussische Staat besitzt zwei Konkurrenzlinien, mit welchen er diese Bahn, wenn er will, lahm legen kann. Auch das Wohl und Wehe sämmtlicher kleineren Privatbahnen in Norddeutschland ist dann in seine Hand gelegt. Mit dem Ankauf jener Bahnen ist also in Norddeutschland die Entscheidung endgiltig zu Gunsten des Staatsbahnnetzes gefallen. Nun müssen wir uns noch vergegenwärtigen, daß die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen wesentlich von derselben Hand geleitet werden, welche die preussischen Staatsbahnen dirigiert. Denken wir ferner, daß dieselbe Hand mit Eifer an dem Reichseisenbahngesetz arbeitet, welches den Bau, den Betrieb, die Verwaltung, die Eisenbahntarife vorschreiben und die Aufsicht des Reichs über sämmtliche Bahnen regeln soll, so tritt uns erst die ganze Bedeutung des Planes vor Augen, dessen Wichtigkeit unterschätzt, aber kaum überschätzt werden kann. Die Bedeutung des Zolltarifs tritt dagegen bei Weitem zurück. Es lassen sich viele Gründe für und wider den Plan anführen. Für das Projekt wird angeführt, daß der Staat die Bahnen nicht für bares Geld kauft, sondern zunächst nur den Betrieb „für ewige Zeiten“ übernimmt gegen eine feste Rente für die Aktien und weitere Auszahlung der Prioritätszinsen. Diese Rente ist niedriger bemessen, als es im Durchschnitt die Dividende der letzten Jahre war. Die anzukaufenden Bahnen stehen auf gesunden, festen Füßen. Der Staat ist im Stande, den Betrieb zu vereinfachen, er braucht sich dann nicht in manche unwirtschaftliche Ausgaben zu stürzen, welche jetzt nur durch die Konkurrenz veranlaßt werden. Endlich erhoffen Viele einfache, billige und übersichtliche Tarife anstatt des jetzigen Wirrwarrs, Manche eine Begünstigung ihrer speziellen Interessen. Man weist auf die Post hin, die unter den Händen des Staats zu einem hohen Grad der Blüthe gekommen ist, oder auf die Landstraßen, die auch nicht der Privatindustrie überlassen worden. Gegen den Plan wird angeführt, die Erfahrung lehre, daß der Staat immer theurer verwalte, als der Privatbetrieb. Es wird darauf hingewiesen, daß das Defizit in Preußen, wie die finanziellen Schwierigkeiten in Sachsen, Baiern und Württemberg zum großen Theile gerade durch die Staatsbahnen veranlaßt seien. Die Verzinsung und Tilgung der durch den Bau und die Erwerbung von Eisenbahnen veranlaßten Staatsschulden erfordert eine weit höhere Summe, als die durch dieselben erzielten Einnahmen. Dazu kommt noch, daß die Einnahmen der Bahnen sehr unregelmäßig fließen; zu Zeiten einer wirtschaftlichen Hochfluth, wenn alle Einnahmen reichlicher eingeht, sind auch die Erträge der Bahnen bedeutend und verleiten zur Vermehrung der dauernden Ausgaben; zu Zeiten der Ebbe dagegen, wenn

größere Einnahmen erst recht notwendig wären, nehmen die der Bahnen rapide ab und dies schwellt das Defizit zu bedenklicher Höhe an. Es wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß das Versprechen der Begünstigung durch billige Tarife nur auf Kosten der Rentabilität der Bahnen erfüllt werden kann, das Defizit würde dadurch gleichfalls ungemein erhöht werden. Viele fürchten auch, daß die Vermehrung der Staatsschuld um einen so ungeheuren Betrag den Werth der Staatspapiere herabdrücken, wie auch einen ungünstigen Einfluß auf die Kreditverhältnisse des Grundbesitzes ausüben müsse. Auch in liberalen Kreisen ist man in Beurtheilung des Planes verschiedener Meinung. Selbst die Gegner desselben verhehlen sich nicht, daß bei der Energie und dem Geschick, mit welchem der Plan von mächtiger Hand verfolgt wird, und bei den vielen Interessen, die mit demselben verknüpft sind, die Durchführung des Projektes sich schwer wird abweisen lassen. Aber auch die Freunde des Planes unter den Liberalen, wie der Abg. Miquel, erkennen die großen Bedenken an, welche man hegen muß, „in die Hand der Regierung oder gar eines einzelnen Ministers eine solche Macht zusammenzuhäufen, wie die, welche der Staatsbesitz des gesammten Eisenbahnwesens mit uneingeschränkter Festsetzung aller Tarife verleiht.“ Sie äußern ferner ihre Bedenken, „das Wohl ganzer Provinzen und die Interessen von Millionen in die Hände eines Mannes zu geben und das gesammte Eisenbahnwesen der Gefahr eines starren und schablonirenden Bureaokrätismus auszusetzen.“ In der That würde durch die Annahme des Planes in die Hand des Staates eine Macht gelegt sein, wie sie weder ein Staat des Alterthums noch der Neuzeit jemals besessen. Einzelne Orte und ganze Provinzen könnten zu Gunsten anderer in ihrem gesammten wirtschaftlichen Leben tödtlich geschädigt werden. Sehr bedenklich ist es auch in politischer Beziehung, ein Heer von Hunderttausenden von Beamten in Anstellung, Beförderung und Abfertigung gänzlich abhängig von der Regierung zu machen. Auch die Freunde des Projektes unter den Liberalen fordern daher gesetzlich Garantien dafür, daß alle jene Bedenken beseitigt, daß das Gesamtinteresse und das Interesse der einzelnen Provinzen gewahrt, daß die Einheitlichkeit nicht zur Schablone, der Beamte nicht zum willenlosen Werkzeug, daß der Volkvertreter ein Einfluß auf die Festsetzung der Tarife eingeräumt werde. Die Festsetzung und Vereinbarung solcher Garantien wird freilich eine sehr schwierige Aufgabe sein. Hoffentlich aber überhebt uns nicht wieder wie im vorigen Reichstag das konservativ-ultramontane Bündniß aller Mühen und Sorgen in dieser Beziehung.

△ **Berlin**, 6. Oktober. [Graf Stolberg Eisenbahnen. Statistisches Einjahr.] Nachdem Graf Stolberg am Sonntabend Nachmittag von Baden-Baden zurückgekehrt war, hat gestern beim Reichskanzler eine Ministerbesprechung stattgefunden. Heute Mittag fand wieder eine Sitzung des Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Grafen Stolberg statt, in welcher vorzugsweise Landtagsangelegenheiten zur Berathung gekommen sein dürften. Der Reichskanzler wird voraussichtlich seinen Aufenthalt in Berlin nur noch auf kurze Zeit ausdehnen. — Seitens der Eisenbahnverwaltungen sind bisher in der Regel die beim Wechsel der Fahrpläne in Aussicht genommenen Aenderungen derselben erst bei Vorlage der betreffenden Fahrpläne zur Genehmigung unterbreitet worden. Dieses Verfahren hat sich insbesondere dann als zweckmäßig nicht bewährt, wenn es sich um Aenderungen von größerer Tragweite, als um erhebliche Verlegung oder gänzliche Aufhebung bestehender Züge, um das Vorüberfahren an bedeutenderen Stationen, an denen bisher gehalten wurde, oder um völlige Wiederaufhebung bestehender Haltestellen, handelt. In vielen Fällen dieser Art hat der Minister der öffentlichen Arbeiten Werth darauf gelegt, vorher die Ansicht der betreffenden Lokal- und Provinzialbehörden über die beantragten Maßnahmen kennen zu lernen,

Die Jubelfeier des polnischen Dumas.

Die alte Krönungsstadt Krakau, das polnische Rom, hat in diesen Tagen eine Reihe von Festlichkeiten gesehen, wie sie einem Schriftsteller bisher wohl schwerlich in so glänzender Weise, unter der enthusiastischen Zustimmung eines ganzen Volkes, bereitet worden sind. Es ist sonst der Fluch der geistig hervorragenden Männer, daß sie erst von der Nachwelt erkannt, von den Zeitgenossen aber wenig gewürdigt werden. Joseph Ignaz Krassowski gehört zu den wenigen Glücklichen, die diesem Loos nicht anheimgefallen sind; wie im alten Hellas zu Olympia, so sind in diesen Tagen zu Krakau die Vertreter aller polnischen Landestheile, die Repräsentanten aller Bevölkerungsschichten zusammengefloren, um dem hervorragendsten geistigen Heros der neueren polnischen Literatur, bei seinem 50jährigen Schriftsteller-Jubiläum, den Zoll der Anerkennung zu spenden. Zahllos waren die erschienenen Deputationen aus ganz Europa und nicht minder zahllos die Geschenke die dem greisen Dichter dargebracht worden sind; wird doch allein der reale Werth der Letzteren auf mehr als 60,000 österreichische Gulden veranschlagt.

Uns Deutschen ist Krassowski schon deshalb eine sympathischere Erscheinung als andere Koryphäen der polnischen und russischen Literatur, weil er seinen Wohnsitz in Deutschland hat, sich durch eine gründliche Kenntniß der deutschen Verhältnisse auszeichnet und dieselben in seinen Werken nicht mit Voreingenommenheit, sondern objektiv zu beurtheilen weiß, so daß er mit Recht als der Vermittler zwischen deutscher und polnischer Geistesrichtung angesehen werden kann. Darum mag auch von deutscher Seite dieser Jubelfeier einige Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Fünfzig Jahre angestrengten schriftstellerischen Schaffens pflegen sonst den Geist zu ermüden und die Kräfte ersinken zu lassen; der 67jährige Greis Krassowski aber, der mit seinem 17. Jahre die schriftstellerische Laufbahn betrat und jetzt auf ein halbes Jahrhundert geistiger Arbeit zurückblickt, kann sich rühmen, daß ihm noch immer die Frische und die Thatkraft der Jugend geblieben ist, wenn auch die unausgesetzte Thätigkeit am Schreibpult seine Gestalt gebückt hat. Unbedingt gehört dieser polnische

Schriftsteller zu den fruchtbarsten und vielseitigsten der Gegenwart. Er hat mehr Werke als Dumas Père geschrieben, ohne dabei wie dieser, sich fremder Kräfte zur Ausbülfe zu bedienen. Die Zahl der Romane, Dramen und wissenschaftlichen Werke, die Krassowski der Deffentlichkeit übergeben hat, beträgt mehr als 200; wenn man hierzu die kleineren Arbeiten und seine zahlreichen in Journalen veröffentlichten Artikel hinzurechnet, so mag die Anzahl vielleicht auf 700 Bände steigen, was allein schon eine ganze Bibliothek ausmacht. Und alle diese Werke hat Krassowski mit eigener Hand, ohne sich eines Sekretärs zu bedienen, niedergeschrieben!

Krassowski stammt aus einer alten litthauischen Adelsfamilie und wurde 1812 in Warschau geboren. Eine umfangreiche Biographie von ihm soll hier nicht gegeben werden, da dieselbe fast in jedem Konversationslexikon zu finden ist. Er studierte auf der Hochschule zu Wilna, bemühte sich dann vergebens um eine Professur der Literatur zu Kiew, wurde Landwirth und heirathete eine Nichte des auch als Schriftsteller ausgezeichneten Erzbischofs Woronowicz. Im Jahre 1860 trat er thätig in die Journalistik ein und redigirte in Warschau die „Gazeta Codzienna“ (Tageszeitung), die später den Namen „Gazeta polska“ (Polnische Zeitung) erhielt. In Folge der Bewegung von 1863 mußte er Warschau verlassen und lebt seitdem in Dresden, wo er eine Zeit lang mit Entbehrungen zu kämpfen hatte, bis es ihm eine günstigere Wendung seiner Vermögensverhältnisse gestattete, eine eigene Villa zu erwerben, in der er nunmehr ungestört den Mufen dient.

Was bei Krassowski neben seiner eminenten Arbeitskraft und seinem vielseitigen Wissen am meisten in die Augen springt, ist seine von Jugend auf zur Schau getragene selbständige Richtung. Er ist gewissermaßen der Begründer der ganzen neueren polnischen Romanliteratur geworden; vor Krassowski gab es eine solche so gut wie gar nicht, die gebildeten polnischen Kreise lasen nichts weiter als französische Werke. Krassowski wirkte in dieser Hinsicht ebenso purifizierend, wie Lessing in Deutschland; seine Werke waren bald nicht bloß in den Schlößern des Adels, wie in dem Stübchen des Armen zu finden, sie regten auch zahlreiche andere talentvolle Jünger an, auf dem einmal betretenen Pfade nachzueifern. Es blieb nicht aus, daß Krassowski viele kritische An-

griffe erfuhr, aber sein Selbstbewußtsein — welches nie in Ueberhebung ausartete — ließ ihn nicht an sich selbst irre werden. Den zahlreichen verschiedenen Beurtheilungen, die der jungaufstrebende 26jährige Dichter damals fand, antwortete er mit Freimuth:

Mości Panowie! Nieskonczona dzieki
Za pochwały, nagany, rady i przestrogi.
Kiedykolwiek co spotkam, z czyjejkolwiek reki,
Zawsze bede dziękowal, lecz nie zejde z drogi.*)

Das Hauptfeld Krassowski's, auf welchem er die meisten Erfolge zu verzeichnen hatte, blieb der Roman. Bei demselben ist nicht weniger sein glänzendes Erzählertalent, wie die Leichtigkeit der Auffassung und die Naturwahrheit der Darstellung das Hervorstechende. Es ist erklärlich, daß bei einer derartigen Zahl von Schriften, wie sie der polnische Dichter produzierte, nicht jedes seiner Werke ein Kunstwerk ist und daß sich manche seiner leicht hingeworfenen Erzählungen nicht allzusehr über das Niveau des Mäßigen erheben. Zahlreiche seiner Werke aber müssen als Perlen der Romandichtung bezeichnet werden und die Personen derselben sind populäre Figuren geworden. Krassowski unterscheidet sich dadurch von den gewöhnlichen Duzend-Romanforschreibern, daß allen seinen Arbeiten eine tiefere, moralisirende Idee inneohnt. Auf dem Gebiete des Sittenromans hat er Vortügliches geleistet, auf dem Gebiete des historischen Romans kann man ihn als den polnischen Gustav Freitag bezeichnen, der mit großer Gründlichkeit zuerst seine historischen Studien gemacht, sich in das Zeitalter, in alle Details der betreffenden Epochen hineinversetzt und dann erst entsprechend dem Zeitkolorit das Bild komponirt hat.

Die Arbeitsweise Krassowski's ist eine eigenthümliche. Er ist gewöhnt, eine Erzählung, die er niederschreiben will, zuerst in allen Details und Konturen sich innerlich geistig auszumalen und dann auf's Papier zu versen.

Die Komposition des Romans macht ihm, nach seinem eigenen Geständniß, mehr Arbeit, als die nachträgliche Ausführung. Er liebt es, zuvor nicht nur alle einzelnen Situationen sich leb-

*) Verehrte Herren! Unausprechlichen Dank — Für Ihr Lob, Ihren Tadel, Ihren Rath und Ihre Warnungen. — Wo nur immer mir etwas begegnet wird und aus welcher Hand — Werden ich dankbar sein, aber nicht von meinem Pfade abweichen

um sich zu vergewissern, daß denselben nicht überwiegende Interessen anderer Art entgegenstehen. Hierzu gebracht es aber bei dem bisher beobachteten Verfahren in der Regel an Zeit, soll nicht die notwendige rechtzeitige Einführung der Fahrpläne in Frage gestellt werden. Im Interesse der erforderlichen gründlichen Prüfung aller Anträge dieser Art bestimmt daher der Minister in einem Erlaß vom 17. September d. J., daß dieselben nicht erst bei Vorlage der Fahrplan-Projekte, sondern mittelst besonderer Berichte so zeitig vorher zu seiner Kenntniß gelangen, daß es möglich bleibt, die erforderliche Vorprüfung eintreten zu lassen. — Das soeben zur Ausgabe gelangte Augustheft der „Monatshefte zur Statistik des deutschen Reichs“ enthält einen sehr eingehenden Aufsatz: „Das Salz im deutschen Zollgebiet“. Es wird die Produktion, Konsumtion, Besteuerung und steuerfreie Abfassung, sowie die Einfuhr und Ausfuhr von Salz im Staatsjahr 1878/79 einer detaillirten Erörterung unterzogen. Nach den Aufstellungen betrug die Gesamtzahl der in der genannten Zeit in Betrieb gewesenenen Establishments 78, darunter 9 Steinsalzwerke, auf welchen das Salz bergmännisch gewonnen wird, 61 Salinen mit Siedesalzbetrieb und 8 chemische Fabriken dieser Art. Von den Steinsalzwerken befinden sich 7, von den Salinen 21 im Staatsbesitz, 2 Steinsalzwerke und 40 Salinen, sowie die 8 chemischen Fabriken im Besitz von Privaten. Die gesammte Salzförderung umfaßte ein Quantum von 1,150,600 Ztr. Krystallsalz, 2,606,586 Ztr. anderen Steinsalz und 8,205,531 Ztr. Siedesalz. Der Absatz von Salzen belief sich auf 12,421,708 Ztr. Diefem Absatz gegenüber steht die Einfuhr fremden Salzes mit 840,786 Ztr. Auf den Kopf der Bevölkerung kommt im Staatsjahr 1878/79 ein Verbrauch 25,1 Pfund Salz überhaupt, von Speisesalz besonders 15,3 Pfund. — Nach den unter Aufsicht des englischen Handelsamts im Custom house zu London bearbeiteten monatlichen Accounts relating to trade and navigation of the United Kingdom über die Einfuhr der hauptsächlichsten britischen und irischen Rohzeugnisse und Fabrikate nach Deutschland war für die acht Monate Januar bis August d. J. eine nennenswerthe Steigerung gegen das Vorjahr nur zu verzeichnen bei Dampfmashinen, Leinengarn, Jutegarn und Seide, dagegen bei allen anderen Artikeln, namentlich bei Baumwollengarn, Wollengarn und Baumwollenmaaren eine bedeutende Mindereinfuhr.

In den deutschen Münzstätten sind in der Woche vom 21. bis 27. September 1879 an Goldmünzen geprägt worden: 592,390 M. Kronen, und zwar auf Privatrechnung. Vorher waren geprägt: 1,267,644,340 M. Doppeltkronen, 419,547,640 M. Kronen, 27,969,925 M. Halbe Kronen, hiervon auf Privatrechnung 395,413,500 M., Summa 1,715,458,735 Mark (nach Abzug der wieder eingezogenen 165,680 M. Doppeltkronen, 129,100 M. Kronen und 780 M. Halbe Kronen).

Vor einigen Tagen ist das fiskalische Bernsteingewerk zu Norkycken, im Kreise Fischhausen, in welchem schon seit längerer Zeit eine Gewinnung des Bernsteins wegen des starken Wasserzufsusses nicht mehr stattfinden konnte, definitiv geschlossen worden.

Die am Sonntag Mittag unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck stattgehabte Sitzung des Staatsministeriums wird der „Trib.“ von unterrichteter Seite als eine überaus wichtige bezeichnet, weil in derselben nicht bloß die kirchenpolitischen Angelegenheiten Gegenstand der Verhandlungen bzw. Entschlüsse gewesen, sondern auch die allgemeine europäische Lage, deren Ernst der Reichskanzler nicht unbetont gelassen haben soll, einer eingehenden Erörterung unterzogen worden sei. Man behauptet, daß die Beschlüsse, welche in Livadia gefaßt, hier vollstän dig gewürdigt worden sind und nicht ohne Wirkung auf die deutschen Vertheidigungsmassnahmen

bleiben dürften. Am Tage vorher (Sonnabend) war der Vizepräsident des Staatsministeriums Graf Stolberg von Baden-Baden zurückgekehrt, woselbst er dem Kaiser Vortrag gehalten hatte. Bezeichnend für die Wichtigkeit der dort gefaßten Entschlüsse war die verlängerte Anwesenheit des Kronprinzen am kaiserlichen Hoflager. Am 1. Oktober Abends wollte der Kronprinz nach München abreisen; mit der Anfunft des Grafen Stolberg an demselben Tage wurde aber der Plan sofort geändert. Prinz Wilhelm reiste ohne seinen erlauchten Vater ab. Erst nachdem Graf Stolberg Baden-Baden verlassen, ist auch der Kronprinz nach München und von dort mit seinen Kindern nach Italien gereist. Das deutet auf schwerwiegende Entscheidungen, die der Vizepräsident des Staatsministeriums nach Berlin gebracht.

In die Zeitungs polemik mit Rußland tritt jetzt auch die offiziöse wienener „Montagsrevue“ ein. „S. T. B.“ berichtet darüber:

„Ein Artikel der ministeriellen „Montagsrevue“ richtet sich in scharfen Worten gegen die turbulenten, alle bestehenden Verhältnisse bedrohenden nationalen Bestrebungen Rußlands. Wenn Rußland seine Isolirung schwer empfinden müsse, so sei dieselbe doch selbst verschuldet und der Dreikaiserbund habe keinen Raum für den Panlawismus, den die russische Regierung entweder nicht niederdrücken könne oder wolle. Der aufrichtige Anschluß an die österreichisch-deutsche Vereinigung stehe Rußland frei. Bis jetzt sei aber der Verbaht begründet, daß dasselbe sich absichtlich aus jener Entente zurückgezogen habe, welche zwar nicht bedrohe oder herausfordere, jedoch von dem Gedanken der Abwehr beherrscht und geleitet werde.“

Im Kultusministerium ist vorige Woche eine Konferenz über die Medizinalreform an der Hand des früher daselbst aufgestellten Entwurfes abgehalten worden. Ein Beschluß hierüber wurde noch nicht gefaßt, jedoch dürften in nächster Zeit weitere Berathungen stattfinden. Den nächsten Anstoß zur Wiederaufnahme des Reformplanes hat die beabsichtigte Reorganisation der allgemeinen Landesverwaltung gegeben.

Bezüglich der zum 1. Januar erfolgten Kündigung der Verbandstarife Deutschlands mit dem Auslande ist bereits gemeldet worden, daß die angestrebten neuen Vereinbarungen weder im russischen noch im französischen Verkehr die Hoffnungen erfüllen werden, von welchen Herr Maybach bei seinem Kündigungsreskript ausgegangen ist. Die formelle Ablehnung der deutschen Vorschläge durch Frankreich wird — so schreibt das „Berl. Tagebl.“ — in einer Konferenz stattfinden, welche in Paris zwischen Vertretern französischer und westdeutscher Eisenbahn-Gesellschaften abgehalten wird. Die französische Ablehnung ist bereits hierher unter der Hand motivirt worden. Auch die Verhandlungen der deutschen und österreichischen Bahngesellschaften sind trotz der handelspolitischen Abmachungen des Fürsten Bismarck mit dem Grafen Andrassy durchaus erfolglos geblieben. Angesichts des Umstandes, daß Tarifierleichterungen als das besondere Ergebnis der Wiener Verhandlungen bezeichnet worden sind, war allgemein die Hoffnung verbreitet, daß die am 27. v. M. in Dresden abgehaltene Konferenz in Sachen der Neubildung der deutsch-österreichischen Verbandstarife zu einer Verständigung führen würde. Wie das „Tagbl.“ mittheilen kann, ist das Gegentheil der Fall gewesen. Die österreichischen Bahnverwaltungen haben erklärt, auf die Vorschläge des Herrn Maybach nicht eingehen zu können, da derselbe nur in der Form Zugeständnisse gemacht habe, in der Sache aber auf einem Standpunkt beharre, welcher für die hauptsächlichsten Transitgüter von und nach Oesterreich Tarifierhöhungen bedinge, die die Aufsuchung anderer Verkehrswege zur unumgänglichen Nothwendigkeit machen. Damit der schwache Faden, an welchem der deutsch-österreichische Verkehrsvertrag noch hängt, nicht ganz und gar abgerissen werde, wurde in der Dresdner Konferenz beschlossen, seitens der theilnehmenden Bahnver-

waltungen genaue Berechnungen anstellen zu lassen, um welchen Prozentsatz noch Massgabe der Maybach'schen Anordnungen die Tariffätze für Transitgüter werden erhöht werden. Ist auch die österreichische Ablehnung der deutschen Vorschläge eine definitive, so ging man doch bei Annahme des Antrages, die Frachterhöhungen ziffermäßig feststellen zu lassen, von der Erwartung aus, daß solch eine ziffermäßige Darlegung Herrn Maybach zu einer Aenderung seines bisherigen Verfahrens veranlassen könne. Wird diese Erwartung getäuscht, dann muß es mit der Annahme der Kündigung seitens der österreichischen Bahnverwaltungen sein Bewenden haben.

Offiziös wird geschrieben: „In Bezug auf die Notiz der „Magdeb. Ztg.“ über den Rücktritt des Propstes Dr. Brücker ist in dessen Verhältnis in Betreff seiner kirchenregimentlichen Aemter dahin klarzustellen, daß Propst Dr. Brücker General-Superintendent für Berlin ist und daneben seit dem Tode des letzten General-Superintendenten für die Kurmark, des Oberhofpredigers Dr. Hofmann, auch die Stelle eines Generalsuperintendenten für die Kurmark verwalte. Diese Ueberlastung mit Geschäften hat den Propst Dr. Brücker, der auch Vize-Präsident des Oberkirchenraths ist, veranlaßt, um Entbindung von der interimistischen Verwaltung der kurmärktischen General-Superintendentur zu bitten.“

Ueber den Urlaub, welchen der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr von Bülow, nachzusuchen sich genöthigt gesehen hat, verlautet, daß die Dauer vorläufig auf sechs Monate bemessen und ein Aufenthalt im Süden in Aussicht genommen ist. Die Erschütterung in der Gesundheit des Staatssekretärs, welche derselbe sich durch übergroße Anstrengung im Dienste während der letzten Jahre zugezogen hat, ist übrigens nicht der Art, daß nicht die Aussicht gewahrt bliebe, den ausgezeichneten Staatsmann nach Ablauf des Winters neu gekräftigt in sein Amt zurückkehren zu sehen. Es wird auch nur eine interimistische Vertretung für denselben ins Auge gefaßt werden, zu welcher, wie die „Post“ erfährt, der Vize-Präsident des Staatsministeriums, Graf zu Stolberg, berufen sein dürfte. Allseitig ist die Theilnahme an dem Befinden des hochverdienenden Staatssekretärs eine lebhaft und aufrichtige. Ganz besonders warmen Ausdruck hat derselbe, wie verlautet, des Kaisers Majestät gegeben, und nicht minder der Reichskanzler, dessen Fahrt nach Potsdam das beste Zeugniß dafür ablegt, wie hoch er den Werth gerade dieses, ihm seit langen Jahren nahe befreundeten Mitarbeiters zu schätzen weiß.

Bei den Gerichtsbehörden, namentlich bei den neu konstituirten Landgerichten, herrschen gegenwärtig Zustände, welche nahe an das Chaos greifen. Die richterlichen Beamten und die Beamten der Staatsanwaltschaft stehen in ihren wüsten Zimmern und möchten gern arbeiten, aber sie haben keine Akten. Letztere, aus den verschiedenen aufgelösten Kreisgerichten zusammengeflüht, liegen in großen Ballen in allen Winkeln und Ecken herum, und die Bureaubeamten haben alle Hände voll zu thun, um nur einige Ordnung herzustellen und um eine Ueberbacht über die sich aufstürzende Geschäftslast zu ermöglichen. Die neu einlaufenden Eingaben bleiben liegen, weil die zu ihnen gehörenden Akten nicht aufzufinden sind und weil die neuen Formulare für die Geschäftsbücher noch fehlen, mithin die nöthigen Eintragungen nicht zu bewirken sind. Sehr empfindlich ist der Mangel an klaren Vorstellungen über die sächlichen Ausgaben, über die Beschaffung der nöthigen Materialien und überhaupt über den Geldverkehr, so weit dieses den Gerichten, beziehungsweise den Staatsanwaltschaften verblieben ist. Hier weiß Niemand, wer Koch und wer Kellner ist. Ueberall begegnet man der Unsicherheit und dem Zweifel und überall empfängt man den Eindruck der Ueberhäufung. Fragt man nach dem Grunde dieses unerquicklichen Zustandes, so braucht man nur die Justizministerial-

haft zu vergegenwärtigen, theilweise sogar mit dem Stift aufs Papier zu zeichnen, sondern auch die Physiognomien, selbst die Namen der handelnden Personen genau vermittelt seiner Einbildungskraft zu fixiren. Das Uebertragen des geistigen Planes auf das Papier ist bei ihm fast nur eine mechanische Arbeit. Es läßt sich nicht läugnen, daß dabei häufig genug eine gewisse Flüchtigkeit hervortritt, die ihm mit Recht zum Vorwurf gemacht wird, und die er vermeiden könnte, wenn er etwas mehr Sorgfalt auf die Ausführung verwenden würde. Dagegen muß die Gründlichkeit anerkannt werden, mit der er namentlich bei historischen Erzählungen seine Vorstudien betreibt. Zu diesem Zwecke ist ihm keine Arbeit mühevoll, er durchstöbert die ältesten Urkunden, Handschriften und Chroniken, um irgend eine Gestalt, einen Namen oder ein Ereigniß zu finden, das er für seine Arbeit verwenden kann. Was dem gewöhnlichen Auge des Lesers unbedeutend und nicht beachtenswerth erscheint, entfaltet vor seinem Gesichtsfeld eine Fata Morgana von glänzenden Bildern und giebt ihm Stoff zu den buntesten, farbenreichsten Schilderungen. Zahlreiche Eindrücke gewann er auf seinen vielen Wanderungen in allen Gegenden Polens. Alle Archive hat er durchforscht, alle alten Denkmäler und Ueberreste historischer Vergangenheit besichtigt und hier das Material gewonnen, um längst verschwundene Zeiten lebendig vor dem Auge des Lesers hervorzuzaubern.

Es würde zu weit führen, wenn ich aus der Unzahl der Krajewski'schen Werke auch nur die bedeutendsten hier der Reihe nach anführen wollte. Mehrere seiner Jugendarbeiten hat er unter dem Pseudonym Kleophas Pasternak, zahlreiche, namentlich politisch angehauchte Romane, unter dem Pseudonym Boleslawita geschrieben. Es genügt, hier von seinen Erzählungen zu nennen: „Ostatnia z książat Sluckich“ (Die Letzte aus dem fürstl. Hause derer von Slud), „Powiastki i Obrazy historyczne“ (Geschichtliche Erzählungen und Bilder), „Stary Sluga“ (Der alte Diener), „Chata za wsią“ (Die Hütte hinterm Dorfe), „Pod wloskiem niebem“ (Unter italienischem Himmel), „Moritur“ u. s. w. Mehrere seiner Schriften sind auch in's Deutsche überföhrt worden. Am bekanntesten ist wohl sein Roman: „Swiat i poeta“ (Welt und Dichter). Und doch möchte ich dies Werk, das von den polnischen Kritikern sehr gefeiert wird, gerade für eine der

schwächsten Leistungen Krajewski's halten, weil sich darin noch eine zu krankhafte jugendliche Sentimentalität verräth. Es wird in jener Erzählung das Geschick eines jungen Poeten geschildert, der nichts weiter als träumen und beten kann, und weil er überall mit der nackten Realität in Kollision kommt, schließlich zum hartberzigen Egoisten wird. Diese Auffassung aber ist eine eben- so unwahre wie ungesunde, denn:

Wonach soll man am Ende trachten:

Die Welt zu kennen und nicht zu verachten!

Auch als Dramatiker hat Krajewski namhafte Erfolge aufzuweisen, namentlich durch sein Schauspiel „Trzeci Maj“ (der dritte Mai), „Radziwit panie kochanku“ u. s. w. Als Epiker hat er sich in der Dichtung „Anafielas“, welche einen Kreis von litthauischen Heldensagen behandelt, versucht. Auch „Hymnen des Schmerz“ hat er geschrieben.

Und dieser vielseitige Mann, der auf allen Gebieten der Poesie so Hervorragendes geleistet hat, fand nebenbei noch Zeit, sich mit gründlichen philosophischen Studien zu beschäftigen und seinen Landsleuten die Philosophie Hegels zu interpretiren. Von ihm röhren zwei Schriften: „Die Idee des Hegelschen Systems“ und „Das System Trentowski's“ her. Er hat indeß nicht nur als Romanschriftsteller, als Gelehrter und Historiker, sondern auch als Journalist Vorzügliches geschaffen. Von seinem Landstie in Wolhynien aus redigirte er während der Zeit von 1841 bis 1850 die in Wilna erscheinende Zeitschrift „Athenaeum“, die in ungefähr 60 Bänden erschien. Wenn man die Schwierigkeit der Kommunikation bedenkt, mit der die Herausgabe dieses Werks in einer Zeit verbunden war, in der es dort noch keine Eisenbahnen und Telegraphen gab, so muß man über die Präzision und die Thakraft des Redakteurs, der von dem Druckorte seiner Zeitschrift durch mehr als hundert Meilen getrennt war, allerdings staunen. Dabei ist hervorzuheben, daß er alle Manuskripte selbst druckfertig machte, viele eingefandene Arbeiten erst völlig umarbeiten und eine umfangreiche Korrespondenz führen mußte. Als Herausgeber der „Gazeta Codzienna“ (der späteren „Gazeta Polska“) in Warschau verstand er es, dies Organ zum gelesensten und gediegensten polnischen Blatte zu machen, da er vermöge seiner vielseitigen Bildung alle Seiten des

öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens anzuregen und interessant zu behandeln befähigt war.

Krajewski's Thätigkeit ist noch heute eine vornehmlich journalistische, wobei man die eminente Arbeitskraft des Mannes nicht umhin kann, zu bewundern. Er ist gleichzeitig Mitarbeiter von 16 periodischen polnischen Zeitschriften, und seine Korrespondenzen aus Deutschland zeichnen sich durch eine gezielte, kenntnisreiche Beurtheilung aller neuen literarischen Erscheinungen und aller Vorgänge auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens aus. Um sich ein Bild von der sonstigen Thätigkeit des jugendfrischen Greises zu machen, mag es genügen, anzuföhren, daß er täglich gegen 36 Zeitschriften und Journale erhält und gewissenhaft (selbst bis auf den Inkeratentheil) durchliest, und mit vielen literarischen Größen Europas in brieflicher Korrespondenz steht. Eine eiserne Ausdauer, verbunden mit einer außerordentlichen Lebensweise befähigt ihn zu dieser enormen Arbeit. Krajewski besitzt neben einer ausgezeichneten physischen Augenschärfe eine ungemein schnelle Auffassungskraft, so daß er lesend, stets nur beim Umwenden der einzelnen Blätter betroffen wird. Und fast ebenso schnell wie er liest, schreibt er auch. Arbeiten, zu denen andere Schriftsteller ganze Tage brauchen würden, dauern bei ihm nur einige Stunden.

Er pflegt täglich 12 bis 15 Stunden angestrengt zu arbeiten, am liebsten benutzt er dazu die Nächte. Sein Schlaf dauert nur 7 bis 8 Stunden; der Vormittag wird dem Lesen der Zeitungen und der Korrespondenzen gewidmet. Nach der Mittagmahizeit pflegt er sich in der freien Luft zu erholen und dann von 3 oder 4 Uhr Nachmittags bis nach Mitternacht, oft auch die ganze Nacht hindurch zu arbeiten. Wie viel an Ausdauer und Arbeitskraft sich der Greis noch jetzt zutraut, beweist der Umstand, daß er mit einem warschauer Buchhändler wegen Herausgabe einer ca. 50bändigen Serie von historischen Romanen in Verbindung getreten ist, die ähnlich wie Gustav Freitag's „Athen“ die Geschichte des polnischen Volks in verschiedenen Perioden kulturell zeichnen sollen.

Wenn man auf die ganze Lebensperiode des trotz aller Erfolge so bescheidenen Dichters zurückblickt, so muß man ihm den Ruhm zuerkennen, daß während seines ganzen halb-hundertjähri-

Blätter aus den letzten acht Wochen zur Hand zu nehmen. Erst in allerlester Zeit erschienen die wichtigsten und umfangreichsten Instruktionen, welche den Uebergang vom Alten zum Neuen regeln sollten. Um diese Anweisungen praktisch befolgen zu können, fehlt es an Zeit, mancherlei Verhältnisse sind gar nicht geregelt, und Niemand mag die Verantwortung, welche namentlich mit den Anordnungen über den Geldverkehr und die fächlichen Ausgaben verbunden ist, auf sich nehmen. Es wird einer verhältnismäßig langen Zeit bedürfen, um einen geregelten Geschäftsgang zu ermöglichen. Im Interesse des Publikums aber liegt es, wenn es alle gerichtlichen Geschäfte, welche irgend Aufschub erleiden können, bis nach Klärung der jetzigen chaotischen Zustände verlagt.

Oesterreich.

[Der österreichische Handelskammer-Tag.] Der in Prag abgehaltene österreichische Handelskammertag hat sich „im Prinzip“, gleichzeitig aber auch unter bestimmt formulirten Bedingungen für den Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrages mit Deutschland ausgesprochen. Erwähnenswerth ist zunächst, daß in Prag nicht alle österreichischen Handelskammern, sondern bloß 18 von den 29 bestehenden vertreten waren. Von den elf weggebliebenen Kammern hat nur eine, diejenige von Triest, ihr Wegbleiben begründet, und zwar damit, daß sie dem entschiedenen Freihandel huldige, mithin in Prag wohl vereinzelt dastehen würde. Was nun die Bedingungen anbelangt, welche der Handelskammertag für den Abschluß eines Zollvertrages mit Deutschland aufgestellt hat, so lassen sich dieselben in drei Punkte zusammenfassen:

- 1) Der österreichische allgemeine Zollerwerb sei zu revidiren und in Bezug auf seine Zollsätze dem neuen deutschen Zolltarif gleichzustellen, und auf dieser Grundlage erst seien die Verhandlungen mit Deutschland zu pflegen;
- 2) das Appreturverfahren sei aufzuheben, jedoch erst nach einem Uebergangsstadium mit mäßigen, langsam aufsteigenden Veredelungs-zöllen;
- 3) es müßten von Deutschland wesentliche Zugeständnisse, namentlich die Zollfreiheit der österreichisch-ungarischen Naturprodukte (Getreide etc.) erreicht werden. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, es möge eine Zollkonferenz einberufen werden, welcher das Handelsamt zum Zwecke der Informativung eine Reihe von Fragen zur Beantwortung vorzulegen hätte, und endlich sagte man Resolutionen, welche die Erlassung von Gesetzen, betreffend die Anscheidung von Rechts handlungen zahlungsunfähiger Schuldner, die Revision der Konkursordnung und betreffend die neue Zivilprozeßordnung behandeln.

Das Wichtigste auch für das Ausland war, wie man sieht, die erste Frage bezüglich der Zollpolitik. Zum Beginn der Verhandlungen wurde der sehr treffende Antrag eingebracht, man solle jetzt überhaupt nichts beschließen, denn es sei eine ganz neue Lage seit dem Beschluß über die Abhaltung des Handelskammertages eingetreten. In der Zwischenzeit war nämlich Fürst Bismarck in Wien und haben sich die Aussichten auf eine günstige Regelung der deutsch-österreichischen wirtschaftlichen Beziehungen stark gebessert, ohne daß man heute schon genau wüßte, was eigentlich in dieser Richtung von den leitenden Kreisen festgestellt worden sei. Dieser gewiß sehr kluge Antrag drang indes nicht durch. Für heute wären noch den lebhaften und interessanten Verhandlungen einige Worte zu widmen. Von zwölf Rednern, welche sich an der Debatte beteiligten, sprachen sich nicht weniger als neun, allerdings bebingungsweise, für einen Zollvertrag mit Deutschland aus, während bloß drei unbedingt für die autonome Zollpolitik und gegen den Abschluß eines Vertrags sprachen. Von diesen dreien wiederum äußerten sich zwei ebenfalls gemäßig, und nur einer, Dr. Schebek, Sekretär der prager Handelskammer, äußerte sich scharf gegen Deutschland und glaubte selbst mit seinem Mißtrauen gegen dasselbe und gegen die Intentionen seines leitenden Staatsmannes nicht zurückhalten zu dürfen. Auch an widerspruchsvollen und sogar ziemlich konfusen Aeuße-

runge fehlte es nicht, und es müßte der Regierung sehr schwer fallen, alle Wünsche, die laut wurden, zu berücksichtigen. Im Ganzen aber hat sich doch eine vertragsfreundliche Stimmung kundgegeben, und dies ist doppelt bemerkenswerth, wenn man die noch im Jahre 1877 vorhandene Stimmung in Betracht zieht, die einem Vertragsverhältniß mit Deutschland bekanntlich sehr abhold war.

Wie aus Mailand telegraphisch gemeldet wird, veröffentlicht der daselbst erscheinende „Pungolo“ den Verlauf einer Unterredung, welche ein Redakteur des erwähnten Blattes mit dem bisherigen österreichischen Botschafter am italienischen Hofe, Freiherrn v. Haymerle, gepflogen hat. Der zum Nachfolger des Grafen Andraffy designirte Diplomat ließ sich bereits dem italienischen Ministerpräsidenten Cairoli gegenüber in dem Sinne vernehmen, daß in dem Besuche des Fürsten Bismarck in Wien keinerlei Anzeichen von bevorstehenden Verwickelungen erblickt werden dürften; er hege die feste Zuversicht, daß die Beziehungen Oesterreichs und Italiens fortdauernd herzliche bleiben würden. In der vom „Pungolo“ mitgetheilten Unterredung soll nun Freiherr von Haymerle erklärt haben, daß die Zwischenfälle, welche in den Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich einige Trübung hervorriefen, sehr übertrieben worden sind. Bezüglich des (bereits gemeldeten) Vorganges zwischen dem Fürsten Bismarck und dem italienischen Botschafter in Wien, Grafen de Robilant, bewahrte Freiherr von Haymerle Zurückhaltung, aber er fügte hinzu, daß seine Regierung diesem Vorgange durchaus fremd wäre. Der bisherige Botschafter rechtfertigte dann die Veröffentlichung der Broschüre: „Italiae Res“, indem er es natürlich fand, daß der österreichische Militärbevollmächtigte in dieser Weise von seiner Mission der Italia irredenta sprach, nahm Freiherr von Haymerle ein Wort des Redakteurs des „Pungolo“ auf, welcher auf die Wünsche der Italiener anspielte, diese Provinzen „von Neuem“ zu besetzen. Freiherr von Haymerle sagte, daß man die Worte „von Neuem“ beseitigen müßte, weil diese Provinzen niemals von Italien beseßten worden sind. Was den aus der Einseitigkeit der Sprache hergeleiteten Grund anbelangt, so erachtet ihn der bisherige Botschafter nicht für ernsthaft und er führt zur Unterstützung seiner Ansicht das Beispiel der anderen Nationen an. Er fügte hinzu, daß Italien den Schatz seiner Einheit bewahren müsse und daß Italien und Oesterreich des Friedens bedürfen. Zum Schlusse erkannte der Botschafter die Loyalität des italienischen Ministeriums an und erklärte, daß er an die Aufrechterhaltung des Friedens glaube.

Italien.

Rom, 3. Oktober. [Der Besuch des Fürsten Bismarck beim Grafen Andraffy] hat hier lange und bitter nachgeschmeckt. Die wunderliche Thatsache, daß General Robilant allein von allen Botschaftern dem Reichskanzler keinen Besuch gemacht hat, wird officös auf ein Mißverständnis zurückgeführt; der italienische Vertreter soll in ruhigem Glauben auf einen ersten Besuch Bismarck's gewartet haben, statt diesem seine Karte zu schicken. Die öffentliche Meinung machte Robilant und der Regierung einen schweren Vorwurf aus diesem Vergessen. Tiefer aber berührt sie der naheliegende Gedanke, daß jede Annäherung zwischen den deutschen und den österreichischen Staatsmännern einen Niesel vor die Hoffnungen der Italia Irredenta schiebt. In den Blättern der italienischen Hauptstadt macht sich dieses Gefühl nur leise geltend, in denen der Provinz tritt es mit deutlicher Bitterkeit hervor. Man möchte irgend wen, Deutschland, Oesterreich, die Regierung, deswegen anklagen und belaugen, aber der Groll findet keinen rechten Angriffspunkt — an der Regierung dürfte er wohl am ersten hängen bleiben.

Gerade in diese Aufregung fällt die italienische Antwort auf die österreichische Anklage des Obersten Haymerle. General Mezza-capo hat heute eine Broschüre „Quid faciendum“ erscheinen lassen, als Widerlegung der „Italiae res.“. Er leugnet die Zweckmäßigkeit und die Richtigkeit der Bemerkungen Haymerle's. Der Oesterreicher soll mit Unrecht der ganzen Nation Bestrebungen aufgebürdet haben, welche nur einer kleinen Minderheit eigen sind. Er hätte dem gesunden Menschenverstand der Italiener Rechnung tragen sollen, der „uns erlaubt ausschweifende Dinge zu sagen, aber doch nicht zu thun“ (sic!) Es ist eine Advokatenrede gegen Haymerle und schließt mit patriotischem Bedauern, daß Italien so wenig geachtet, weil so wenig fürchtbar sei. Ueberzeugen wird das Werkchen wohl Wenige, die das Land angesehen haben; die einzige überzeugende Antwort an Oesterreich wäre die Unterdrückung der Agitation gegen Trient und Triest; die aber kommt nicht von innen heraus zu Stande, sondern, wenn sie erfolgt, so geschieht es nur durch das vereinigte Ansehen Oesterreichs und Deutschlands.

Frankreich.

Paris, 4. Oktbr. „Journal des Debats“ und „République Française“ beschäftigen sich heute eingehend mit dem belgischen Kulturkampfe. Belgien hat zu der Bewegung in der katholischen Kirche, die zur Despotie der Jesuiten führte, unfählich viel beigetragen; es machte sich zum europäischen Paraguay, wo der Fanatismus gepflegt wurde wie die Ananas in einem Warmhause, bis der liberale Musterstaat, den ein Leopold I. gegründet hatte, in der ganzen gebildeten Welt als eine Spelunke der Finsterniß verrufen war. Endlich fängt der belgische Löwe wieder an, die Glieder zu recken, aber die schwarze Riesenschlange hat ihn noch eng umschlungen und drückt ihn, daß ihm die Glieder krachen. Die „Debats“ sehen als Auskunfts Mittel nur Eins, die Nothwendigkeit der Trennung zwischen Staat und Kirche, denn „die der belgischen Geistlichkeit von dem Kardinal-Erzbischof von Mecheln und den Bischöfen von Brügge, Gent, Namur, Tournai und Lüttich gegebenen Vorschriften sind eine wahre Kriegserklärung an den Staat, eine Auflehnung gegen die von der Kammer beschlossenen und vom König bestätigten Gesetze.“ Die „Debats“ finden, daß die belgische schwarze Kohorte wenigstens aufrichtiger als die französische ist, die noch Spiegelfechtere treibe. Der belgische Episkopat verlangt: „Es muß eine Staats-Religion geben, und diese darf nur die katholische sein!“ Die „Debats“ schließen ihre Betrachtung mit der Ausage: „Aus dem, was in Belgien vorgeht, kann Frankreich den Schluß auf Das machen, was ihm bevorsteht, sobald der Ultramontanismus Herr und Meister würde. Die „Republique“ zählt die gesetzlichen Mittel und Wege auf, wie die französische Regierung die rebellischen Bischöfe in die gebührenden Schranken zurückführen könne; die Hauptache sei nur die, daß der Staat sich nicht ziere und genire, sondern fest zugreife: „Fangen wir zu dem Zwecke damit an, den Artikel 7 anzunehmen!“

Die eben bewirkte Reorganisation des französischen Oberhandelsrathes muß als Anzeichen aufgenommen werden, daß die französische Regierung unentwegt auf den Freihandel lossteuern wird. Durch dieselbe ist das schutz-zöllnerische Element darin überflügelt und majorisirt. Von den 72 (anstatt 61 Mitgliedern des erneuten Oberhandelsrathes gehören 28 den Handelskammern, je 14 dem Senate und der Kammer an, während die übrigen Mitglieder die Minister selbst sind, oder von dem Handelsminister ernannt werden. Dem Senat und der Kammer gehören daher 36 Mitglieder des Oberhandelsrathes an, da ja die Minister meist Senatoren oder Deputirte sind. Die Schutzzöllner dürften jedoch nicht ohne Weiteres sich darin ergeben, sondern wegen dieser Reorganisation des Oberhandelsrathes in Kammer und Senat interpelliren.

gen Schaffens kein Makel an ihm gehaftet hat. Krazewski ist, auch vom rein menschlichen Standpunkte aus betrachtet, stets ein edler Charakter geblieben. Mit vollem Rechte konnte er daher auf die vielen Beglückwünschungen, die ihm am 3. Oktober in Krakau zu Theil wurden, antworten: „Ich habe niemals Uneinigkeit, Zwietracht und Haß gefaßt, ich habe nie weder die Zeitgenossen, noch die Toten gesteinigt. Ich habe mich bemüht, meine Worte mit Liebe zu erfüllen, und man hat dies wohl gefühlt, da man mir häufig genug die aus der Liebe entsprossene Gluth verziehen hat. Ich habe, so weit es in meinen Kräften stand, zur Eintracht, Einigkeit, zum Maßhalten, zur Herzens- und Gedankeneinigung, zur Versöhnung innerhalb und außerhalb des Hauses ermahnt.“

Das polnische Volk und die polnische Literatur haben diesem anspruchslosen, unermüdeten Arbeiter unendlich viel zu verdanken. Und wenn wir seine Verdienste und sein Wirken kurz und charakteristisch zusammenfassen wollen, so können wir nicht anders sagen, als daß er mit dem Fleiß und der Phantasie eines Dumas das Erzählertalent eines Walter Scott, das gründliche Wissen eines Gustav Freitag verbunden hat, während er zugleich für sein Volk das geworden ist, was Lessing für uns Deutsche war. Dr. Paul Goerner.

Alterthümlicher Fund.

Während der letzten Versammlung des Naturwissenschaftlichen Vereins wurden einige, in der Sandgrube zwischen dem Glacis des Kernberges und dem Schilling gefundene gneiß-ähnliche Kugeln vorgezeigt, welche einen Durchmesser von 5-7 Ctm. hatten. Zugleich erklärte das Vereinsmitglied Herr Lauterbach, daß die in der Sandgrube beschäftigten Arbeiter häufig sehr große, dem Materiale nach ähnliche Gebilde finden, welche die Form eines Zuderhuts oder Kegels haben. Man kann auf den ersten Blick versucht sein, diese Kugeln oder Regal für natürliche Gebilde zu halten, wie man ja oft in Moränen, oder an Flüssen Steine findet, die verschiedene regelmäßige oder fast regelmäßige Formen haben; indes wird diese Annahme bereits bei einer einigermaßen genaueren Betrachtung binfällig, da nicht allein die Unerblichkeit der Oberflächen dieser Gebilde klar dafür sprechen, daß sie nicht wie Steine in Moränen durch

einen rutschenden Gletscher geschliffen worden sind, sondern auch der an ihnen klebende Ocker beweist, daß sie dem Gneiß nicht angehören. Ein von den Arbeitern in der Grube gefundenes, kleines, rohes Schüsselförmiges aus Lehm, wie wir ähnliche häufig in vorhistorischen Gräbern finden, mußte nothwendig zu der Annahme führen, daß auch die vor uns liegenden Kugeln Gebilde von Menschenhand seien. Ich ging am 22. d. Mts. hinaus nach der Sandgrube, um womöglich näheren Aufschluß über die fraglichen Gebilde zu erhalten. Ich fand die Arbeiter in der Kratochwil'schen Grube mit Sandgraben und Sandsieben beschäftigt, und diese erklärten auf meine Frage, daß die Kugeln oder Regal sehr häufig im Sande vorkommen und ihnen die Arbeit des Siebens sehr erschweren, zumal manche dieser Gebilde eine bedeutende Größe haben. Thatsächlich lagen auch außerhalb der Grube einige sehr große Stücke dieser Art, von denen eins die Form eines riesigen Tammenzapfens, ein anderes die Form eines Zuderhutes hatte. Während der Arbeit wurde eine große Anzahl größerer und kleinerer Gebilde aus dem Sande hervorgehoben, und da man sich in diesem Falle den Luxus erlauben konnte, durch Zerbrechen eines und des andern Stückes das Innere zu untersuchen, that ich dies ohne Scheu und fand, daß alle diese Gebilde, gleichviel ob sie äußerlich mosaikartig mit kleinen Quarz- und Ockerstückchen besetzt waren oder nicht, aus reinem Lehm bestanden, also von Menschenhand die Form erhalten haben müssen, die sie besitzen.

Während der Unterhaltung mit den Arbeitern erfuhr ich ferner, daß auch häufig Knochen im Sande gefunden werden, und dies war erst kurz vor meiner Ankunft der Fall. Ich nahm sofort die Knochenstücke in Beschlag. Einer dieser Knochen ist demnach deutlich ein Menschenknochen, daß ihn selbst die Arbeiter für den Ellenbogenknochen des Oberarms erklärten. Dieser Knochen ist sehr merkwürdig, denn in der Ellenbogengrube befindet sich ein unregelmäßig rundes Loch, dessen Durchmesser ungefähr 6 Mm. beträgt. Es ist dies eine Abnormität, welche längst die Aufmerksamkeit der Anthropologen auf sich gelenkt hat. Als Norm existirt diese Durchlöcherung bei einigen Säugethieren, namentlich bei Affen; ausnahmsweise findet man sie, nach Dr. Kopenick und Tipinard, manchmal bei Tottentotten und Negern, aber sehr selten bei höheren Racen. In letzter Zeit wurde die Durchlöcherung der Ellenbogengrube ziemlich häufig in Knochen beobachtet, welche aus Höhlen, Dolmens und alterthümlichen Begräbnis-plätzen stammen, die in's 8. Jahrhundert reichen. Vom 10. Jahrhundert werden sie schon seltener. An Knochen aus vorhistorischen polnischen Gräbern, hat Dr. Kopenick bis jetzt nicht ein einziges Mal diese Abnormität beobachtet.*) Dieser Ellenbogenknochen weist übrigens noch

eine Abnormität auf: die Ellenbogengrube ist bedeutend tiefer, als sie bei dem jetzigen Menschen ist, was wohl darauf hindeutet, daß der Mensch, dem dieses Stück Knochen angehört hat, sehr schwer gearbeitet, namentlich aber den Unterarm oft weit höher gebogen hat, als wir dies jetzt, ausgerüstet mit vielfachen Hilfsmitteln, zu thun gewöhnen sind. Die dunkelbraune Farbe dieses Knochens und der gänzlich Mangel an organischer Materie in demselben sind hinlängliche Beweise für das hohe Alter dieses Fundstückes.

Gleich alt wie dieses Stück von einem menschlichen Oberarme ist ein mit ihm gefundenes Speichenbein, das fast unbeschädigt ist. (Es war vom Hinder weggerworfen und zerpalten in drei Stücke, die jetzt ganz gut zusammengefittet sind). Die in diesem Fundstücke befindliche tiefe Rinne macht es zweifelhaft, ob es ein Menschenknochen sei; es muß dies noch von einem Anthropologen bestimmt werden.

Merkwürdig sind noch zwei Knochenstücke, in denen keine Spur organischer Materie zurückgeblieben ist, die jedoch rötlich sind, was, wie eine ausgeführte chemische Untersuchung ergeben hat, von einer Infiltration mit Eisen herrührt. Ob diese beiden Fundstücke von einem menschlichen Körper herkommen, ist nicht bestimmbar, da ihnen die Glanzschicht fehlt. Ein fünftes Stück Knochen ist weiß, klebt wie die beiden vorherigen, an der Zunge, was ehemals — fälschlich, — als Merkmal der Versteinierung angesehen wurde. Die unverhältnismäßige Schmere dieser Knochenstücke weist jedoch auf ihre Versteinierung hin.

Als gewiß kann somit angenommen werden, daß die in der oben näher besetzten Sandgrube, — in welcher sich sonst nicht die geringste Spur von Lehm findet, — gefundenen Lehmgebilde nicht Artefacte sind, da sie mit einem unzuverlässigen Gebilde von Menschenhand und einem unbestreitbar von einem Menschenarme stammenden Knochenstücke in der gleichen Tiefe gefunden werden. Unentzweifelt bleibt, wie diese Gebilde in eine so ungewöhnliche Tiefe gelangt sind, und diese Frage könnte nur eine eingehende geologische Untersuchung der Fundstelle beantworten. Die große Menge dieser Lehmgebilde läßt darauf schließen, daß wir es möglicherweise mit einem Lager von symbolischen, religiösen Gegenständen zu thun haben; denn daß solche Gebilde bei den Urdwobohnern unseres Erdtheils eine symbolische Bedeutung hatten, erhellt daraus, daß man im Innern Rußlands riesige Kurgane (Gräber) geöffnet hat, in denen man nichts als Ringe, eisförmige Kugeln, Hände oder Füße aus (ungebrannten) Lehm gefunden die wahrscheinlich aus irgend einer religiösen Veranlassung, vielleicht als fromme Boten, bestattet worden sind. Selbstverständlich stelle ich meine Annahme, daß die hier in Rede stehenden Lehmgebilde ein Lager von religiösen Gegenständen gewesen sind, lediglich als Meinung, als Hypothese hin. Albin Rohn.

*) Siehe „Materialien zur Vorgeschichte des Menschen im östlichen Europa“, Th. II., S. 93 (Vena bei P. Costenoble 1879).

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 2. Oktober. [Die Flotte. Grönderthum. Seeweg nach Sibirien.] In Schweden ist man jetzt ganz besonders bestrbt, die Seemacht zu verstärken; namentlich wird die Zahl der Kanonenböte, sowie die der Torpedo- und Minen-Fahrzeuge vermehrt. Von letzteren soll ein neuer auf der königlichen Werft in Stockholm gebaut werden, und ferner wird auf der Werft von Carlscrona ein neues ungepanzeretes Kanonenboot gebaut. — Das Grönderthum ist in Schweden stark in Abnahme begriffen. Während 1874 nicht weniger als 217 Aktiengesellschaften von der Regierung konfessionirt wurden und 1876 noch 163, wurden im vorigen Jahre nur 68 konfessionirt. — Von verschiedenen Seiten ist schon berichtet, daß mehrere Dampfschiffe, welche mit Ladungen von Europa nach den Mündungen des Ob und Jenisei bestimmt waren, nach norwegische Häfen zurückgeführt sind, weil das Rarische Meer mit Eis gefüllt war. Zu diesem gehört auch der am 18. September in Walderhoug eingelaufene Dampfer „Nep-tun“, Kapit. Radnuffen aus Helsingör, welcher im vorigen Jahre eine sehr günstige Reise nach der Mündung des Ob machte. Kapitan Rasmussen soll sehr bezweifelt haben, daß der See-weg nach Sibirien eine größere Bedeutung für den europä-ischen Handel erlangen werde. Dieselbe Ansicht ist auch schon von anderer Seite, namentlich auch von deutscher ausgesprochen worden. Inzwischen, ganz abgesehen davon, daß es nicht gerechtfertigt erscheint, eine seit mehreren Jahren erprobte Sache ohne Weiteres zu verwerfen, weil sie sich in einem ungünstigen Jahre nicht in gewohnter Weise bewährt hat, leuchtet es selbst dem Laien ein, daß die Schifffahrt um das Nordkap nach den sibiri-schen Küsten erst studirt und eingeübt sein will, daß erst zuver-lässige Seefahrer für diese Schifffahrt herzustellen sind, und daß man erst mit den Verhältnissen in den arktischen Regionen ver-trauter sein muß, als man es jetzt im Allgemeinen ist. Dies wird noch eine Reihe von Jahren erfordern. Daß aber die Kleingläubigkeit der großen Sache gegenüber, die Nordensköld durchgeführt hat, wenig am Plage ist, dafür spricht u. A. auch der Umstand, daß die Yacht „Kongsberg“ kürzlich in Hammer-fest eingetroffen ist, welche das Rarische Meer durchsegelt und dort so wenig Eis angetroffen hat, daß der von ihr betriebene Robbenfang dadurch benachteiligt worden ist. Der Führer der Yacht, Schiffer Lars Lind, hat allerdings einen Eisstreifen vor Nowaja Semlja beobachtet, er meinte aber, daß dieser von den Dampfern hätte forszirt werden können, wenn sie stärker gebaut gewesen wären. — Im Tendfjord bei Vatna (im mittleren Nor-wegen) ist am 16. September, Nachmittags 6 Uhr, ein Erdbeben bemerkt worden. — In Christiansand hat sich am 29. Sep-tember eine neue Dampfschiffsversicherungsgesellschaft („Nora“) konstituir, welche ihre Wirksamkeit am 1. Januar 1880 beginnt. Direktoren sind: Jfachsen in Grimstad, Konsol Reinhardt und Kaufmann Moe in Christiansand, Konsul Jekson in Bergen und Marinelieutenant Dannwig in Christiania. (Dif.-Ztg.)

Rußland und Polen.

○ **Petersburg**, 2. Oktober. [Unser Reichthum und unsere Moralität.] Es ist unbestreitbar, daß in keinem Lande Kirchen und Klöster so reich sind wie in Rußland. Es ist rechnermäßig bewiesen, daß die laufenden Einnahmen der Klöster in Rußland sich auf die kolossale Summe von drei Millionen Rubel belaufen. Gegenüber dieser Summe erscheinen die Einkünfte mancher Staaten Europas gewiß recht winzig, da z. B. die Einkünfte Norwegens nur 2,500,000, die Einnahmen Badens kaum 1,500,000 Rubel betragen. Unsere Klöster be-sitzen an prozentirenden Wertpapieren für 23,000,000 Mil. Rub. Aber alle diese Summen sind Kleinigkeiten gegenüber dem Reich-thume, welcher in den Kirchenapparaten steckt. Gold, Silber, Rubinen, Diamanten und andere Edelsteine, Perlen der verschie-denen Größen, welche als Schmuck der wunderthätigen Heiligen-bilder, der Gefäße, Lampen, Räucherfässer, geistlichen Gewänder, ja sogar der Waschbecken dienen, füllen förmlich unsere ortho-doxen Kirchen an. Man kann ohne Uebertreibung diese Reich-thümer für unschätzbar erklären, und sie müssen todt daliegen, — weil sie Eigenthum der heiligen Kirche sind. Unsere Kirchen-vorsteher sorgen aber dafür, daß nicht alles baare Geld zu schnell im Kirchenkädel verschwinde. Ein hier erscheinendes Kirchenblatt, der „Allg. Kirch.-Anzeiger“, sagte dieser Tage, die kirchliche Ober-behörde müsse bald Maßregeln ergreifen, um zu verhindern, daß sie von den Gläubigen der Kirche gemachten Geschenke nicht ganz spurlos in den Händen der Kirchenvorsteher verschwinden. Diese Geschenke oder Opfer belaufen sich nach der Berechnung unserer gewiß gut informirten Quelle auf nahezu 100 Millionen jährlich, da die Einnahme für Lichtlein, die den „Heiligen ge-stellt“ werden, sich allein auf 35 Millionen alljährlich beläuft. Von allen diesen Einnahmen verschwinden jährlich 85 Prozent, ohne daß man weiß, wo sie hinkommen. Wo kann so viel ge-stohlen werden, ohne daß eine Institution bankrott wird? Weitere Beispiele für unser unerhörtes Reichthum und unsere boden-lose Unmoralität bieten uns die Verhandlungen der Kommission der Molkereiausstellung in Mostau, die Klagen der Lombardie und Banken über absichtlich falsche Taren von Werthgegenstän- den und Gütern und der Bericht des Kreisphysikus Scher aus Ufa über den Zustand der landständischen Apotheke. Aus den Klagen der Kommission der Molkerei-Ausstellung ersehen wir, daß die den Eisenbahnen zum Transport über-gebenen Molkereiprodukte (Butter, Käse) von den Bahnbe-amten gestohlen (man sagt dies öffentlich und druckt es in allen Zeitungen) oder absichtlich verdorben werden, und daß dies namentlich geschieht, wenn der Absender dem Beamten keine an-gemessene Extrabelohnung giebt, d. h. wenn er sie nicht besticht. Den Lombarden und Banken werden weit über den wahren Werth taxirte Gegenstände und Güter verkauft, die natürlich nicht einge-löst werden und an deren späteren Verkauf die Kredit-Institute beträchtliche Einbußen erleiden. Die Taxatoren sind alle ver-eidigt. In Ufa besteht eine landständische Apotheke, wel-

cher alljährlich 25,000 Rub. an Medikamenten für arme Bauern angewiesen werden. Ein Hospital für Kranke existirt nicht, und doch sind 13 Feldscheerer und 2 Aerzte für das nicht bestehende landständische Hospital angestellt. Als der Kreisphysikus Scher aus dieser Apotheke ein Pfund Jodkalium forderte, wurde ihm geant-wortet, daß im Ganzen fürs laufende Jahr nur 5 Pfund be-schafft worden sind, ihnen also die geforderte Menge nicht verab-folgt werden könne. Eine Revision der Rechnung der aus Moskau verschriebenen Medikamente ergab, daß man für den größten Theil der oben angegebenen Summe: Bergamotten-, Nelken- und Rosenöl, Glycerinseife (à Dutzend Stückchen 9 Ru-bel), Zahnpulver à Schachtel 2 Rubel, Vanille, Mandeln, Frucht-extrakte, Nagel-seilen, Thermometer u. dergl. nothwendige Gegen-stände angekauft habe. Da nicht anzunehmen ist, daß die armen russischen Bauern und Kirgisen mit Rosen-, Bergamotten- und Nelkenöl gesalbt, mit Glycerinseife gereinigt und mit Fruchtextrakten gelabt werden, bleibt nur die Annahme übrig, daß die Herren Aerzte alle diese schönen Sachen für den eigenen und ihrer Frauen Bedarf haben kommen lassen. Dieser Fall steht, wie alle andern, nicht vereinzelt da und alle hier kurz geschilderten Fälle beweisen, daß meine oben angestellte Behauptung über den Reichthum Ruß-lands kein Paradoxon sei. Soll man aber den deutschen Arzt Scher lieben, der die patriotischen russischen Aerzte von Ufa so unbarmherzig an den Pranger der Oeffentlichkeit stellt? Doch gemacht, — das wird zu nichts helfen; unsere Gesellschaft kennt alle Schwächen und Mängel der Verwaltung und ihrer Organe und sagt — „wir sind ja alle sündige Menschen!“

Telegraphische Nachrichten.

○ **Schönlanke**, 7. Oktober. Bei der heutigen Wahl erhielt von Colmar 350 Stimmen gegen Szuman (75 Stimmen), Minister a. D. Falk 5 Stimmen. (Wiederholt.)

○ **Schildberg**, 7. Oktober. [Privat-Telegramm.] Im Wahlkreise Adelnau-Schildberg wurden gewählt v. Chla-powski und Dr. Szuman, beide Polen. (Wiederholt.)

○ **Bomst**, 7. Oktober. [Privat-Telegramm.] Im Wahlkreise Meseritz-Bomst wurde Minister a. D. Dr. Friedent-hal mit 245 Stimmen gegen Dekan Koehr mit 120 Stimmen und v. Dziembowski mit 247 Stimmen gegen Koehr mit 116 Stimmen gewählt. Die beiden Gewählten sind Freikonservative.

○ **Mur. Goslun**, 7. Oktober. [Privattelegramm.] Im Wahlkreise Posen-Obornik sind gewählt: Swinarski-Golaczin (Pole) mit 192 gegen v. Wilamowitz (konf.) mit 189, Turno-Obiezjerze (Pole) mit 192 gegen Gwalina (nationalliberal) mit 188 Stimmen.

○ **Sirke**, 7. Oktbr. [Privattelegramm.] Im Wahlkreise Samter-Birnbaum sind gewählt Landrath v. Kalkreuth (konf.) und Riepert-Mariensfelde (nat.-lib.)

○ **Grätz**, 7. Oktbr. [Privattelegramm.] Im Kreise But-Kosten Magdzinski und v. Chlapowski gewählt gegen Hildebrandt-Slinwo.

○ **Schönlanke**, 7. Sept. [Privattelegramm.] Im Wahlkreise Czarnikau-Ghodschesen sind v. Colmar (konf.) und v. Bethé (konf.) gewählt.

○ **Schroda**, 7. Sept. Privattelegramm.] Gewählt sind im Wahlkreise Schrimm-Schroda-Wreschen: v. Radonski, Dr. v. Stablowski und Pilaski mit 430 gegen 70 Stimmen, welche Kennemann erhielt.

○ **Gnesen**, 7. Septbr. [Privattelegramm.] Im Wahlkreise Wongrowitz-Gnesen-Mogilno sind gewählt v. Wierzbinski, Kantank und v. Rozanski mit 399 polnischen gegen 137 deutsche Stimmen, die auf Landrath Nollau fielen.

○ **Inowrazlaw**, 7. Oktober. [Privattelegramm.] Im Wahlkreise Inowrazlaw-Schubin sind gewählt: Kiehn (natio-nalliberal), v. Grabski (Pole). Die Deutschen haben einen Sitz verloren.

○ **Wien**, 7. Oktober. Bei der Eröffnungssitzung des Abge-ordnetenhauses waren sämmtliche Minister anwesend. Der Mini-sterpräsident Graf Taaffe stellte sich dem Alterspräsidenten Negretti vor, welcher die Angelobung leistete, die Versammlung herzlich bewillkommnete und nach Berufung der Schriftführer die Ange-lobung der Abgeordneten vornahm. Sämmtliche Abgeordnete ge-lobten vorbehaltlos. Morgens 12 Uhr Mittags findet die feier-liche Eröffnung durch den Kaiser statt. Baron Haymerle trifft morgen früh hier ein. (Wiederholt.)

○ **London**, 7. Oktober. Der gestrige Kabinettsrath faßte be-züglich der Extraession des Parlaments keinen Beschluß; es bleibt dies vorläufig eine offene Frage. Die „Times“ bemerkt, die künftige Politik der Regierung bezüglich Afghanistan's werde nach Besetzung von Kabul festzustellen sein. Sobald dieser Zeitpunkt eingetreten, sei die Konfultirung des Parlaments unerlässlich; indes glaube das Ministerium diesen Zeitpunkt nicht unmittelbar bevorstehend. (Wiederholt.)

○ **Petersburg**, 7. Oktober. „Ruskaja Prawda“ erfährt über die Beschlagnahme der geheimen Druckerei in Petersburg weiter, dabei wären gegen 20 Personen, darunter drei Frauen-zimmer, verhaftet worden. Außer der Druckmaschine und der Schrift sollen viele andere im Typographiewesen gebräuchliche Gegenstände vorgefunden sein. (Wiederholt.)

Regierungsbezirk Königsberg. Im Wahl- bezirk Heiligenbeil wurden gewählt von der Gröben und Arnstein (konfervativ). Im Regierungs-Bezirk Marienwerder: Wahlbez. Schwes Gerlich (nationalliberal), Bezirk Löttau Sys-kowski (Pole). Regierungsbezirk Gumbinnen. Wahlbez. Löben Wegmann (Fortschritt). Regierungsbez. Stettin. Stadt Stettin Schmidt (nationalliberal). Wahlbez. Pyritz-Jagig von Nickisch-Rosenegg (konfervativ) und von Löpel (konf.). Regbz. Erfurt. Dr. Max Weber. Regbz. Düsseldorf. Wahlbezirk Mörs Megidi (freikonfervativ). Kreisfel Seyffardt (nationalliberal). Regierungsbezirk Wiesbaden. Stadt Wiesbaden Dr. Petri (Fortschritt). Unterwiesalbkreis Lieber (Zentrum), Wahlbezirk Biedenkopf Bork (nationalliberal). Regierungsbezirk Münster. Wahlbezirk Ludwigshau-sen (nationalliberal). Münster, Wahlbezirk Ludwigshausen Graf Schmiesing (Zentrum), v. Droste (Zentrum). Regie-rungsbezirk Koblenz. Wahlbezirk Wehlar Haubinger (freikonfervativ). Stadt Posen Dr. Hänel (Fortschritt). Regierungsbezirk Köslin. Wahlbezirk Dramburg Graf Baudissin (konfervativ). Regierungsbezirk Merse-burg. Wahlbezirk Saalkreis incl. Stadt Halle Reimide (nationalliberal), Justizrath Fiebiger (nationalliberal). Reg.-Bez. Kassel. Stadt Kassel: von Griesheim (nationalliberal), Wahlbez. Schwege Pfamenschmidt (freikonfervativ), Wahlbezirk Hofsthaler Zimmermann (freikonfervativ), Marburg Schreiber (konfervativ), Fulda Seminarlehrer Friedrich Koch (Zentrum), Hanau Ziegler (nationalliberal). Provinz Han-nover. Wahlbez. Meppen Windthorst (Zentrum), Hameln Spangenberg (freikonfervativ), Göttingen Köhler (nationalliberal), Geestkreis Holtermann (nationalliberal), Neuhaus Bennigen (na-tionalliberal). Prov. Schleswig-Holstein. Flensburg Jensen (freikonfervativ), Rendsburg Hollesen (nationalliberal), Kiel Professor Seelig (Fortschritt). **Segeberg Professor Hänel** (Fortschritt). Regier.-Bez. Königsberg. Wahl-Bez. Labiau-Wehlau Rittergutsbesitzer L. Garby (konfervativ). Rittergutsbesitzer v. Perbandt (konfervativ). Regier.-Bez. Danzig. Wahlbezirk Carthaus-Neustadt v. Rybinski, Gutsbes. v. Thofarski, beide Polen. — Regierungs-Bezirk Gum-binnen. Wahlbezirk Tilsit-Niederung Gutsbesitzer Möller (Fortschritt), Hauptmann a. D. Wambert-Carlsberg (Fortschritt). — Reg.-Bez. Posen. Wahlbez. Landkreis Posen und Kreis Obornik von Swinarski (Pole), Wahlbez. But-Kosten Magdzin-ski, v. Chlapowski (beide Polen). — Reg.-Bez. Koblenz. Wahlbez. Adelnau-Ahrweiler Amtsrichter Kocham (Zentrum). — Reg.-Bez. Königsberg. Wahlbez. Heiligenbeil-Pr. Eylau Seminardirektor Platen (nat.-lib.), Wahlbez. Allenstein-Köffel Bürgermeister Gajewski, Domherr Borowski (Zentrum). — Reg.-Bez. Erfurt. Wahlbez. Nordhausen Kammerger.-R. v. Seydewitz (konferv.). Schlesungen-Ziegenrück Landrath Heppe (konferv.). — Reg.-Bez. Frankfurt a. D.: Wahlbezirk Arnswalde-Friedeberg: Landrath Meyer-Helpe (konferv.). Major a. D. v. Knobelsdorff-Brenkenhoff jun. (konferv.). Landsberg-Soldin: Landrath Jacobs und Reg.-Assessor Dr. Weiß (beide deutsch-konfervativ). Lebus: Direktor Dr. Tschow und Kammergerichts-Rath Paul Müller (beide national-liberal). Sternberg: Landrath Bohy und Rittergutsbesitzer Garbe (beide konfervativ). Züllschau-Crossen v. Schierstädt (konfervativ), Rittergutsbesitzer Schwider (freikonfervativ). Rotbus Landrath v. Funke, Rittergutsbesitzer Sack (beide konfervativ). Lübben Staatsminister v. Puttkamer und Landgerichtsrath Gründer (konfervativ). Regierungsbezirk Magde-burg. Gardelegen Graf Witzingerode (freikonfervativ), Ober-Regierungsrath v. Lattorf (konfervativ). Osterburg-Stendal Generallieutenant z. D. v. Lüderitz (konfervativ), Deichhauptmann Günzburg. Jerichow Landrath v. Blotho (konfervativ). Stadt Magdeburg Professor von Sybel, Fabrikbesitzer Gärtner (b e nationalliberal). Neuhaldensleben Bürgermeister a. D., Sachse und G. Strume (beide nationalliberal). Wanzleben v. Benda (nat.-lib.), Carbe Konjul Stenzel (freikonf.). und Stadtrath Jubel (nat.-lib.), Halberstadt Dr. v. Gusebst und Spener (beide nat.-lib.). — Reg.-Bez. Breslau. Wahlbez. Militärf-Trenitz v. Rehdinger, Staatsanwalt von Uehtriz (beide neu-konf.), Breslau-Neumark Graf Limburg-Sturum (konferv.), Präsident Schellwitz (alt.lib.), Nimptsch-Strehlen Landrath Baron v. Saurma (konferv.).

Regier.-Bez. Liegnitz. Wahlbez. Grünberg Justiz-rath Leonhardt und Graf Schan (beide nationalliberal). Sagan-Sprottau Justizrath Schmidt (freikonf.), Graf Dohna-Wallwitz (konferv.). Glogau Pastor Gringmuth und Rittergutsbes. Maager (beide nationallib.) Bunzlau-Löwenberg Minister Graf Eulen-burg und Stadtrath Seidler (nationallib.) Volkenhajn Rautheu, von Zebitz (beide konfervativ). Hirschberg-Schnau. Land-rath Brinz Neuf (konfervativ), Landgerichts-Rath Bracht (konf.). Reg.-Bez. Oppeln. Wahlbezirk Kreuzburg Landrath Graf D'haoronville (neufkonferv.), Graf Bethusy-Suc (freikonf.) Oppeln Erzpriester Hermirsch, Pfarrer Edler (beide Zentr.), Hirschberg-Zaruba u. Maik, (beide Centrum). Reg.-Bez. Köln. Stadt Köln Dr. Aug. Reichensperger, Dr. A. Köckerath (beide Centr.), Bonn Justizrath Stadt und Landgerichtsrath v. Fürth in Bonn (beide Centrum). Regier.-Bezirk Arnberg. Sieger Oberpräsident Achenbach (freikonferv.). Olpe-Meschede: Ober-Tri-bunalsrath Peter Reichensperger (Zentrum). Hagen: Peter Garfort (lib.) Brilon-Lippstadt: Amtsrichter v. Kleinsorgen und Rechtsanwält Schroeder (beide Zentrum).

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

7 Berlin, 7. Oktober, 7 Uhr Abends.

Die Stadt Berlin wählte im ersten Wahlbezirk Klotz, Ludwig Löwe und Parisius; im zweiten Bezirk Straß-mann und Langerhans; im dritten Bezirk Birchow und Rörde; im vierten Bezirk Zimmermann und Eugen Richter, sämmt-lich Fortschrittler.

Bekanntmachung.

Bei dem Amtsgerichte zu Posen sind 10 Gerichtsabtheilungen gebildet und wie folgt untergebracht:

Abtheilung I. für Generalien, Justizverwaltung, Verwahrungssachen u. s. w.
im Erdgeschoß (Parterre) des Amtsgerichtsgebäudes auf dem Sapieha-Platz.
Richter: Amtsgerichts-Rath **Gregor**. Erster Gerichtsschreiber **Miller**.

Abtheilung II. für Strafrechtssachen — im Erdgeschoß des Landgerichts-Gebäudes in der Wilhelmsstraße.
Richter: die Amtrichter **Specht**, **Binkowski** und **Warnecki**.
Gerichtsschreiberei: die Gerichtsschreiber **Czaplicki** und **Reimnitz**.

Abtheilung III. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (Civil-Prozesse) mit Auschluss der in der Abtheilung IV. verzeichneten, im Erdgeschoß des Landgerichts-Gebäudes.
Richter: die Amtsgerichts-Räthe **Motty** und **Zborowski** und Amtrichter **Kracauer**.
Gerichtsschreiberei: Gerichtsschreiber **Busse**.

Abtheilung IV. für Concurs-, Subhastations-, (incl. der Theilungshalber eingeleiteten) Sequestrations-, Aufgebots-, Ehe- und Entmündigungssachen — im Erdgeschoß des Amtsgerichtsgebäudes auf dem Sapieha-Platz.
Richter: Amtrichter **Dr. Traumann** und Amtsgerichts-Rath **Gregor**.
Gerichtsschreiberei: Gerichtsschreiber **Brunk**.

Abtheilung V. für Grundbuch-Sachen der Vorstädte **St. Martin**, **Fischerei**, sowie der rechts der Warthe belegenen Stadttheile und aus dem Landkreise **Posen** des rechts der **Posen-Stargardter** Eisenbahn belegenen Theils bis an die Kreisgrenze und resp. an die Warthe, sowie des ganzen rechts der Warthe belegenen Landkreises mit der Stadt **Schwerfen**, einschließlich der einschlägigen Kaufgelder-Depositionssachen, im Erdgeschoß des Amtsgerichts-Gebäudes auf dem Sapiehaplatz.
Richter: Amtsgerichts-Rath **Hoffmann**.
Gerichtsschreiberei: Gerichtsschreiber **Rosenthal**.

Abtheilung VI. für die Grundbuch-Sachen der Stadt **Posen**, und zwar der Altstadt und der Vorstadt **St. Adalbert** des übriggebliebenen Theils des Landkreises **Posen** und des dem Amtsgericht **Posen** zugelegten Kreisheiles **Schrimm**, einschließlich der einschlägigen Kaufgelder-Depositionssachen, im Erdgeschoße des Amtsgerichts-Gebäudes auf dem Sapiehaplatz.
Richter: Amtsgerichtsrath **Frhr. v. Bonseri**.
Gerichtsschreiberei: Gerichtsschreiber **Becker**.

Abtheilung VII. für Vormundschaftssachen im zweiten Stock des Amtsgerichts-Gebäudes auf der dem Bronkerplatz zugekehrten Seite (Eingang vom Bronkerplatz aus).
Richter: Die Amtsgerichts-Räthe **Müller** und **von Jarochowski**.
Gerichtsschreiberei: Gerichtsschreiber **Schmädick** und **Pechner**.

Abtheilung VIII. für die Verlassenschaftssachen, freiwillige Gerichtsbarkeit, sämtliche Register und Notariatssachen im zweiten Stock des Amtsgerichts-Gebäudes neben der Abtheilung VII., jedoch nach dem Hofe zu.
Richter: Amtrichter **Mende**.
Gerichtsschreiberei: Gerichtsschreiber **Reisel**.

Abtheilung IX. für die Rechtshilfe-Sachen im Erdgeschoß des Landgerichts-Gebäudes auf der nach der Magazinstraße zu belegenen Seite.
Richter: Amtrichter **Binkowski**.
Gerichtsschreiberei: **Reimnitz**.

Abtheilung X. die **Anmelde-Stube**, zugleich als Gerichtsschreiberei für die Niederlegung und Vorlegung von Urkunden, Theilungsplänen und Zustellungssachen, welche im gewöhnlichen Wege nicht haben zugestellt werden können (§ 157 der C.-P.-O.) u. s. w. und für den Verkehr mit den Gerichtsvollziehern im Erdgeschoß des Landgerichts-Gebäudes (Eingang von der Wilhelmsstraße).
Gerichtsschreiber **Subert**.

Der Briefkasten für das Amtsgericht und die Gerichtstafel zum Aushange für dasselbe befinden sich im Hausflur des Amtsgerichts-Gebäudes (Eingang vom Sapiehaplatz aus).
Im Interesse des rechtsuchenden Publikums wird es liegen, auch die an die Gerichtsschreibereien der betreffenden Abtheilungen gerichteten Schreiben mit der entsprechenden Adresse zu versehen.
Posen, den 6. Oktober 1879.
Der aufsichtsführende Richter des Königl. Amtsgerichts zu Posen.
gez. **Gregor**.

Wir beabsichtigen bis **2000 Ctr. große, weißfleischige Kartoffeln zu kaufen**. Um Einsendung von Proben mit Angabe des Preises loco Carolinegrube der Oberschlesischen Bahn ersucht.
Hohenlohehütte bei Rattowitz, den 6. Oktober 1879.
Consum-Verein Hohenlohehütte, eingetragene Genossenschaft.
Schwarzer,
Vorstands-Vorsitzender.

Schweizerische Unfall-Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Winterthur.
Concessionirt vom Königl. Preussischen Ministerium. — Grund-Capital: Vier Millionen Mark.
Obige Gesellschaft versichert gegen **Unfälle**, welche **Tod**, **lebenslängliche völlige** oder **theilweise Invaldität**, oder **vorübergehende Erwerbsunfähigkeit** zur Folge haben, zu **festen und billigen Prämien**. — **Einzelversicherungen** gegen Unfälle zu **Hause** und **innerhalb ganz Europa**. — **See-Reise-Versicherungen** nach außereuropäischen Häfen. — **Collectiv-Versicherungen** und zwar **allgemeine Arbeiter-Versicherungen**, sowie Versicherungen gegen die Folgen der **gesetzlichen Haftpflicht der Betriebsunternehmer in unbeschränkter Höhe**. — **Vorzügliche solide und ungewöhnlich liberale und klare Bedingungen**, welche bei Unfällen **keinerlei Zweideutigkeit** zulassen. — Jede von mir vermittelte Police enthält die Bedingung, daß **Breslau**, oder **... nach Wahl des Versicherten, der Gerichtsstand der Gesellschaft ist**.
Zum Abschluß von Versicherungen und zur Ertheilung jeder Auskunft empfiehlt sich:

Der General-Agent
Heinrich Mayer.
Posen. Friedrichsstr. 27.

Aechte Haarlemer Blumenzwiebeln
empfehle in bester Qualität. Spezielle Verzeichnisse gratis und franko.
Posen,
Friedrichsstraße 27.
gegenüber der Provinzialbank.
Saamenhandlung von **Seinrich Mayer**,
Kunst- und Anlagengärtner.

Damen-Flanelle
zu Morgenkleidern in jedem beliebigen Quantum zu Fabrikpreisen.
Muster franko.
R. Rawetzky, Sommerfeld.

Das Buch-Geschäft
von **Rosalie Gutzmann**
ist vom heutigen Tage ab nach Wasserstraße 22, 1. Stock, vis-à-vis dem früheren Geschäftszweck, verlegt worden und wird in erweitertem Umfange fortbetrieben.

Lampen! Lampen!
Totaler Ausverkauf.
Hängelampen mit Zug.
Kronen und Tischlampen 2c.
Wiederverkäufer haben besondere billige Gelegenheit.
M. Bendix, Wasserstr.

Kaffee! Kaffee!
Die Hamburger Kaffee-Niederlage von **Julius Stern** in Frankfurt a. d. Oder versendet gegen Einsendung des Betrages durch ganz Deutschland franco per Post:
10 Pfd. Kaffee ordin. für M. 7,65
10 " " mittel " " 8,65
10 " " fein mittel " " 9,65
10 " " feingrünl. " " 10,65
10 " " extrafein grünlich " " 11,65
10 " " hochfein gelb oder grün " " 12,00
10 " " exquisit gelb oder grün " " 13,00

Die Berliner Blechemballage-Fabrik,
N. Chausséeestrasse 113,
empf. ihre Fabrikate, als jede Art weißer, geprägter, bedruckter, lack. Blechverpackung. Aus 1 Stück gegogene Dosen für Apotheker, Conditoren, Fett, Wiefsefabriken. Spundbleche f. Fässer, Theefasten, decorirtes Blech u. als Spec. jede Art vorzügl.
Conservbüchsen.
Preise pro mille 1/2 Lit. 130 Mt.
1 " 200 " "
4 " 495 " 2c.

Rohlen!
Beste Oberschlesische.
Stück, Würfel und Ruß offerire in ganzen, halben und viertel Baggonladungen, sowie überbaut **ihnen** Quantum billigst.
Anfuhr erfolgt durch eigene Gespanne zum Selbstkostenpreise.

Ferd. Pritzkau,
Theaterstraße 2.

Palmkernkuchen,
Rapskuchen, Leinöluchen, amerif. Viehfutter-Fleischmehl für sofort und in den Wintermonaten zu liefern, offeriren billigst
G. Fritsch & Co.,
Friedrichsstraße 16.

Gewerbliche Vorschule.
Der bevorstehende Winterkursus für **Zeichnen und Modellir-Unterricht** beginnt am 13. Oktober. Anmeldungen zu demselben werden von dem Unterzeichneten in der Wallischei-Apothek entgegengenommen.
Der Vorstand der polytechnischen Gesellschaft.
Reimann.

Religionsschule der Synagogen-Gemeinde
Der Unterricht beginnt wieder am 12. Oktober cr. Anmeldungen werden an diesem und den nächstfolgenden Tagen Mittags zwischen 11 bis 1 Uhr bei dem Herrn Rabbiner der S.-G. (Kl. Gerberstraße 9) erbeten.
Das Curatorium.

In einer lebhaften Kreisstadt ist **ein flottcs Federgeschäft** mit guter, fester Kundschaft zu verkaufen. Offert. **L 100** postlag. erbet.
Das im Kreise Pleschen gelegene

Gut Slupia
mit **Vorwerk Slowikow**, circa 1800 Morgen groß, 1/2 Meile vom Bahnhof Jarotschin gelegen, ist vom 1. Juli 1880 anderweitig zu verpachten. Bewerber, welche über ein disponibles Vermögen von 60,000 Mark zu verfügen haben, werden aufgefordert, sich bei Herrn Hauptmann **v. Voss** auf Macew, Poststation Sobotka, anzumelden und sich mit demselben wegen der weiteren Bedingungen in Verbindung zu setzen.

Für Gutskäufer.
Eine große Auswahl in hiesiger Provinz günstig belegener Güter, jeder beliebigen Größe, weiß zum preiswerthen Ankaufe **nahe**

Gerson Jarecki,
Sapiehaplatz 8, in Posen.
1 Wirthsch. bis 200 Morg. kulturf. Bodens w. z. pachten ges. Abt. K. postlagernd Praust b. Danzig.

Natives-Auflern
täglich frisch empfiehlt
Julius Buckow.

Vom 1. Oktober ab täglich, also auch Montags:
Das Kleine Journal
Zeitung für alle Gesellschaftsklassen.
Herausgeber und Redakteur
Dr. Strousberg.
Preis 5 Pf. Preis 5 Pf.
Tendenz des „Kleinen Journals“:
Nicht doktrinär — nicht demagogisch — nicht reaktionär; kraftvoll, freiheitlich und das Herkömmliche achtend, keine abgedroschene politische Richtung — keinerlei Partei angehörig — keine Lobhudelei einzelner Gesellschaftsklassen, sondern auf die Veröhnung und das Gemeinwohl sämtlicher Klassen bedacht, für Niemand zu hoch, für Niemand zu niedrig, den patriotischen, zeitgemäßen und wahren Bedürfnissen folgend.
Abonnements auf „Das Kleine Journal“ bei allen Postämtern, Zeitungsbedruckern, den Berliner Ausgabestellen und der Expedition des „Kleinen Journals“, Berlin, Dorotheenstraße 78, 79.
Preis für „Das Kleine Journal“
pro Nummer 5 Pf. — pro Quartal M. 3.90. — pro Monat M. 1.30.
Der vollsten Unabhängigkeit und des Raumes wegen werden Inserate im Kleinen Journal nicht aufgenommen.

Täglich frisches Tafel-Confect, Praliné und Bonbons.
Zu Hochzeiten, Diner's 2c.: Elegant decorirte Stagären mit Tafelconfect, Früchten 2c.
Auswärtige Bestellungen werden auf's Sauberste verpackt und prompt effectuirt.
A. W. Zuromski,
Konditorei, Zuckerwaaren- und Chokoladenfabrik.
Posen, Berlinerstr., vis-à-vis dem polnischen Theater.

FRANZ JOSEPH BRUNNER ROULETTE
Das anerkannt wirksamste aller Bitteroässer.
Selbst bei reizbarem Darne verabreicht, erzielt dieses Wasser schmerzlose Wirkung. Prof. Dr. Leube, Erlangen. — „St schon in kleinem Gaben wirksam und nicht unangenehm zu nehmen.“ Geheimrath Prof. Dr. Kaufmann in Straßburg. — „Kann längere Zeit hindurch genommen werden, ohne Nachtheile zu verursachen und ohne an sicherer Wirkung zu verlieren.“ Geheimrath Prof. Dr. Spiegelberg, Breslau. — „Bei Magen- u. Darmkatarrh, hab. Stuhlverstopfung, Appetitlosigkeit, Blutanschoopung, Hämorrhoiden, Leberleiden u. Frauenkrankheiten wurden vorzügliche Erfolge erzielt.“ V. med. Abth. des k. k. Allgem. Krankenhauses zu Wien u. L. d. H. Prof. Dr. Drasch.
Vorräthig bei Apoth. **Dr. Mankiewicz, Neustädtische (Brandenburg) Apotheke** in Posen, sowie in allen Apotheken u. renommirten Mineralwasser-Handlungen **Posens**.

Freiwilligen-Examen.
Neue Curse beginnen Montag 6. Oktober.
Pension. Privatstunden.
Im letzten Examen haben von meinen 4 Schülern 3 bestanden.
Posen, Friedrichsstrasse 19.
Dr. Thello.

Die concess.
Anaben-Vorschule
bisher Theaterstraße 6, ist seit dem 1. Oktober nach **Bismarckstraße 9** verlegt, woselbst Anmeldungen jederzeit erfolgen können. Schul-Anfang Montag, den 13. Oktober.
Dr. Menzel.

Gegen circa 7000 Thaler Anzahlung will ich jetzt wegen Engagements mein günstig gelegenes, sehr rentables, hiesiges Hausgrundstück unter städtischer Feuertaxe sehr billig verkaufen.
G. Streit in Breslau,
Endow astrafe 69.

